

Die Revolution im Großraum Hamburg. Lokaler Verlauf und Reaktionen im Vergleich

Ortwin Pelc

1. Abstract

Die von den Kieler Matrosen am 4. November 1918 ausgehenden politischen Umbrüche im Deutschen Reich bewirkten im November und Dezember 1918 auch in vielen kleineren Kommunen in Norddeutschland politische Veränderungen. Je nach der Stärke der lokalen Arbeiterbewegung und den Widerständen im Bürgertum sowie dem Anteil von Militärangehörigen verliefen die Umbrüche unterschiedlich, wurden aus größeren Städten beeinflusst oder entstanden spontan vor Ort. Maßgeblich für den zeitlichen Ablauf der Revolution war auch die Kommunikation unter den Revolutionären, die über Eisenbahn, Automobil, Schiff und Telegraf verlief. So können in den Hamburger Exklaven Cuxhaven und Geesthacht sowie den preußischen Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen, Stade und Harburg im Umland der Großstädte Hamburg und Altona ganz unterschiedliche oder auch gleichförmige Muster der politischen Veränderungen festgestellt werden, die von Drohungen mit Gewalt bis zu pragmatischer Zustimmung reichten.

Bereits bevor die von Kiel ausgehende revolutionäre Bewegung am 9. November 1918 in Berlin zur Ausrufung der Republik führte, kam es in zahlreichen norddeutschen Städten zu politischen Umbrüchen. Dazu gehörten nicht nur große Städte wie Hamburg, Lübeck und Rostock, sondern auch viele Kleinstädte. Der Erfolg der Bewegung hing davon ab, ob es in den einzelnen Orten den Wunsch nach Veränderungen oder revolutionäre Kräfte gab und wie stark der dortige Widerstand war. Im Folgenden soll untersucht werden, woher, durch wen und wie die revolutionären Strömungen einige kleinere Orte Norddeutschlands erreichten und auf welche spezifisch lokalen Machtverhältnisse und Besonderheiten, Unterstützung und Widerstände sie im November und Dezember 1918 stießen. Als geographischer Raum wird hier exemplarisch der Großraum *Hamburg* untersucht, von der Elbmündung bis nach *Lauenburg*, nördlich von *Hamburg* von *Itzehoe* über *Bad Oldesloe* bis nach *Ratzeburg*, südlich von *Stade* bis nach *Lüneburg*, alles Kommunen – bis auf die hamburgischen Exklaven *Cuxhaven* und *Geesthacht* –, die in den preußischen Provinzen *Schleswig-Holstein* und *Hannover* lagen. Dabei gilt das be-

sondere Interesse dem Vergleich der zeitlichen Phasen der Umwälzung in den einzelnen Orten und den Verbindungen der revolutionären Initiatoren untereinander.¹ Seit dem »Jubiläumsjahr« 2018 sind erfreulich viele neue lokale Untersuchungen erschienen, die mittlerweile ein immer differenzierteres Bild der Revolution in ihren lokalen Auswirkungen geben.² Die relativ gut erforschten Großstädte, insbesondere *Hamburg*, wo der Umbruch am 5. November begann und weit ins Umland wirkte, werden hier ausgespart, die Hamburger Rand- und Nachbarkommunen wie *Altona*, *Bergedorf* und *Wandsbek* allerdings mit betrachtet.

Es kann vorausgesetzt werden, dass in allen der im Folgenden behandelten Orte das Leiden während der Kriegsjahre ähnlich war, sowohl was die aktive Teilnahme von Männern im Krieg, ihre Verwundung oder ihr Tod und deren Wirkungen auf ihre Familien anbelangt, als auch was Mangelwirtschaft oder die spezifische Belastung durch Kriegsproduktionen bedingte. Möglicherweise war die Selbstversorgung des Einzelnen in Kleinstädten und auf dem Land etwas besser als in den Großstädten. Jedenfalls werden die Lebensumstände im Herbst 1918 in der Bevölkerung den Wunsch nach einem Ende des Krieges sowie die Bereitschaft für politische Veränderungen gefördert haben. Eine besondere Rolle kommt dabei den Militärstandorten zu, in denen potentiell kaisertreue Soldaten stationiert waren.

2. Umsturz im November

2.1 Cuxhaven (5.11.), Brunsbüttel (5.11.), Itzehoe (6.11.), Elmsborn (7.11.) und Glückstadt (11.11.)

Am Montag, dem 4. November 1918, also bereits einen Tag nach dem Ausbruch von Unruhen in Kiel, erreichte ein Minensuchboot mit revolutionären Soldaten aus Kiel das hamburgische *Cuxhaven* an der Elbmündung.³ Hier waren eine Marine-Artillerie-Abteilung, eine Mineneinheit mit Torpedobooten, Ausbildungseinheiten für die deutschen Kolonialtruppen, Minenleger und eine Marine-Luftschiff-Abteilung stationiert; zugleich war es Heimathafen für Kriegsschiffe. Die Marine spielte neben dem Seebadbetrieb, der Fischerei und der Passagierschiffahrt wirtschaftlich eine wichtige Rolle. Am Kriegsende 1918 befanden sich hier rund 15.000 Marineangehörige, annähernd so viele, wie der Ort Einwohner hatte. Verglichen mit anderen Marinestandorten war jedoch der Anteil der Reservisten relativ hoch, der der höheren Offiziere dagegen re-

1 Die regionale Entwicklung der Revolution in diesem Raum wurde untersucht in: Pelc, Ortwin: Die Revolution 1918/19 im Hamburger Umland, in: Hans-Jörg Czech/Olaf Matthes/Ortwin Pelc (Hg.), *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Kiel/Hamburg 2018*, S. 80-107.

2 Omland, Frank/Pelc, Ortwin: Die Revolution erreicht die Öffentlichkeit. Publikationen und Veranstaltungen zur Novemberrevolution 1918 in Norddeutschland, in: *Zeitgeschichte regional* 24, H. 2 (2020), S. 102-115.

3 Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen vgl. Kinzler, Sonja/Buttgereit, Jens: »Sturmvoegel der Revolution«, in: Sonja Kinzler/Doris Tillmann (Hg.), *Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918*, Darmstadt 2018, S. 140-149.

lativ gering.⁴ Der am Abend des folgenden Tages, dem 5. November, auf einer großen Volksversammlung im Gewerkschaftshaus in *Cuxhaven* gegründete Arbeiter- und Soldatenrat bestand überwiegend aus USPD-Mitgliedern und Marinesoldaten, die Kontakte mit den Bremer Linksradikalen unterhalten haben sollen.⁵ Die ersten Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats nach sofortigem Friedensschluss, Aufhebung der Offizierskasinos und gleichem Essen für Mannschaften und Offiziere, Aufhebung der Grußpflicht und des Belagerungszustandes sowie allgemeine Amnestie wurden noch in der Nacht des 5. November vom Festungskommandanten bewilligt. Am 6. November fand um 9 Uhr morgens auf dem Exerzierplatz eine große Versammlung statt, an der auch Mannschaften der in *Cuxhaven* liegenden Kriegsschiffe teilnahmen. Eine halbe Stunde später erwirkte eine Abordnung beim Festungskommandanten eine Bestätigung der Abmachungen aus der Nacht zuvor und veröffentlichte am selben Tag einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie aufforderte, Ruhe zu bewahren, Plünderern standrechtliche Erschießungen androhte und den Alkoholausschank (außer Bier) verbot. Kommandantur und Offiziere der Garnison wurden entwaffnet, Widerstand von ihrer Seite ist nicht bekannt.

Es fällt auf, wie passiv sich die Befehlshaber in *Cuxhaven* gegenüber den Veränderungen in den Machtverhältnissen verhielten bzw. sich mit den neuen Gegebenheiten abfanden; tatsächlich hätten sich mögliche Gewaltmaßnahmen des Militärs gegen Marineangehörige und die Bevölkerung gerichtet. Der Chef des Admiralstabes, Admiral Reinhard Scheer, fragte zwar am 7. November bei den Berliner Marinebehörden an, wann Militärmaßnahmen gegen die Revolutionäre in *Cuxhaven* und den anderen Orten begännen, die Marineleitung in *Wilhelmshaven* lehnte jedoch ein militärisches Eingreifen ab, da Ruhe und Ordnung nicht gefährdet seien.⁶ Am Nachmittag des 6. November bewegte sich dann ein Demonstrationzug mit einigen Tausend Teilnehmern – vor allem Soldaten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter der Minendepots – und mehreren Musikkapellen »in musterhafter Ordnung« durch die Stadt.⁷ Der Schriftsteller Joachim Ringelnatz beschrieb diese Ereignisse in seinem Roman »Als Mariner im Krieg«.⁸ Der Cuxhavener Magistrat wurde noch im Amt belassen.

Mit den Marinesoldaten, die aus *Kiel* nach *Cuxhaven* fuhren, erreichte die Revolution am 4. November 1918 auch *Brunsbüttel*. Der Ort an der Mündung des Kaiser-Wilhelm-Kanals war eine der fünf Festungen der kaiserlichen Marine, hier lagen fünf Linienschif-

4 Vgl. Kühne, Karl B.: *Cuxhaven. Hafen und Meer*, Norderstedt 1981, S. 133-135; Heidbrink, Ingo: Rote Fahnen über der Elbmündung. Die Novemberrevolution in Cuxhaven, in: *Stader Jahrbuch* 108, 2018, S. 117-137, hier S. 119.

5 Zum Folgenden: Lüken, Johann: Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven von November 1918 bis Februar 1919, in: *Jahrbuch der Männer vom Morgenstern* 5, 1973, S. 138-182; Borrmann, Hermann: *Bilder zur Geschichte des hamburgischen Amtes Ritzebüttel und der Stadt Cuxhaven*, Bd. 2, Cuxhaven 1983, S. 278-284; Bussler, Peter: *Cuxhavener Geschichten*, Fischerhude 2013, S. 113-115.

6 Schmidt, Ernst-Heinrich: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S. 84f.; Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 122f.

7 Lüken (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 141.

8 Erstmals 1928 erschienen, Ringelnatz, Joachim: *Als Mariner im Krieg*, Zürich 1996, S. 363-380.

Abbildung 2: Kundgebung in Cuxhaven vor der Seedeichkaserne am 6.11.1918.



©Stadtarchiv Cuxhaven

fe. Zu den Schiffsbesatzungen kamen Artillerieeinheiten und Hafenarbeiter hinzu. Am Abend des 5. November versammelten sich mehr als 5.000 Matrosen sowie Marineartilleristen in und vor den Lokalen und schlossen sich den Revolutionären an.⁹ Durch Kieler Matrosen wurden ein Soldatenrat gegründet, die Flakstation besetzt und einige Einheiten entwaffnet. Als das Linienschiff OSTFRIESLAND trotz des Verbots der Schleusenbesatzung auslaufen wollte, wurde es durch Schüsse daran gehindert. Die Offiziere aller Schiffe wurden daraufhin bis zum 10. November interniert.¹⁰ Der nicht weit entfernte wichtige Truppenübungsplatz *Lockstedter Lager* war damals mit 3.000 Soldaten, davon 450 Offiziere, überfüllt. Am Morgen des 5. November trafen am Bahnhof Kieler Matrosen mit einem Maschinengewehr ein, die dortigen Mannschaften schlossen sich den Revolutionären sowie den Kieler Forderungen an. Auch ein Teil der zögernden Offiziere stimmte zu. Der Lagerkommandant ließ allerdings Maschinengewehre aufstellen, um der Bewegung Einhalt zu gebieten. Als General Adalbert von Falk, Kommandierender General des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps in *Altona*, am Vormittag des 6. November in einem Telegramm an alle Garnisonen befahl, jeden Widerstand aufzugeben und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, unterstellte sich der Kommandant des Lagers dem am Nachmittag gewählten Soldatenrat.¹¹ Dabei ist bemerkenswert, dass die Soldaten auch einen Offizier in den Soldatenrat wählten. In der

- 9 Kollex, Knut-Hinrik: »Ruhe und Ordnung«. Provinzielle Revolution in Schleswig-Holstein, in: Kinzler/Tillmann (2018): *Die Stunde der Matrosen*, S. 133-139, hier S. 134.
- 10 Möller, Reimer: *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch (1860-1933). Die Folgen der Industrialisierung im Landkreis Steinburg* (Veröff. des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 22), Hamburg 2007, S. 191f.
- 11 Ebd., S. 192f; Stalman, Volker (Bearb.): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19 (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, IV)*, Düsseldorf 2013, S. 139; Kollex (2018): »Ruhe und Ordnung«, S. 134. Das Telegramm von Falks erreichte die Funkempfangsstelle

unsicheren Lage verbreitete sich nachts das Gerücht, dass der Kommandant Wandsbeker Husaren zu Hilfe gerufen hätte, und die Soldaten ergriffen Abwehrmaßnahmen gegen die heranrückenden Einsatzkräfte des Alten Régimes. Tatsächlich waren Einheiten aus Heide und Itzehoe aufgebrochen, hatten dann aber die Befehle verweigert und waren umgekehrt.¹²

Von *Brunsbüttel* aus fuhren am 6. November mittags 50 Matrosen mit der Bahn in die Kreisstadt *Itzehoe*, stiegen bereits vor dem Bahnhof aus, weil sie Widerstand befürchteten, und besetzten dann den Bahnhof und das Postamt; von dort nahmen sie telefonischen Kontakt nach *Krempe*, *Kremperheide* und *Glückstadt* auf.¹³ Zwölf der Matrosen lösten am Nachmittag die Wachen der Artillerie-Kaserne in *Itzehoe* ab, befreiten die dortigen Gefangenen und hissten, ohne auf Widerstand zu stoßen, die rote Fahne. *Itzehoe* war damals mit seinen ca. 18.000 Einwohnern ein wichtiges regionales Verkehrs- und Industriezentrum mit dem Hafen an der Stör. Auch die Sperrung der Zufahrtswege nach *Itzehoe* durch das *Itzehoer* Militärkommando war nicht erfolgreich gewesen, da ein Anmarsch aus dem Lockstedter Lager und nicht mit der Bahn angenommen worden war. Für den Abend des 6. November beriefen die revolutionären Matrosen alle Soldaten und Arbeiter zu einer Versammlung in das Stadttheater, den Kaisersaal, ein. Die etwa 1.000 Teilnehmer wählten dort einen Arbeiter- und Soldatenrat aus zwölf örtlichen Soldaten und drei Zivilisten; die wenigen anwesenden Zivilisten waren führende Sozialdemokraten der Stadt, Theodor Schinkel war zwei Tage zuvor als Stadtrat in den Magistrat gewählt worden. Vorsitzender wurde der Landsturmmann Rosengarth. Die Versammlung verabschiedete in Anlehnung an die Kieler Forderungen ein 13-Punkte-Programm, in dem u.a. die Rede- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung der Briefzensur gefordert wurden; zugleich erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat nun die Zivil- und Militärgewalt in der Stadt übernommen zu haben. Die Marinesoldaten kehrten mit der Eisenbahn nach *Brunsbüttel* zurück.

Rasch wurde der Vormarsch der Revolutionäre fortgesetzt. Dabei waren sie auf die jeweils zur Verfügung stehenden Transportmittel angewiesen, ein in den ersten Revolutionstagen wichtiges Element der Mobilität und schnellen Kommunikation. In der Nacht vom 6. auf den 7. November 1918 kamen zwei Lastwagen aus *Itzehoe* mit etwa 40 bewaffneten Personen nach *Elmshorn*, darunter Mitglieder des *Itzehoer* Arbeiter- und Soldatenrats und des Artillerieregiments Nr. 9. Auch Soldaten der Marine aus Kiel sowie Infanteristen aus Altona waren darunter; wie diese nach *Elmshorn* gelangten, ist nicht bekannt.¹⁴ Sie besetzten den Bahnhof, die Werften und größeren Betriebe; ein

Neumünster – wie wohl auch die anderen Militärkommandos – erst um 14 Uhr am Nachmittag (Schmidt (1981): *Heimatheer und Revolution* 1918, S. 75).

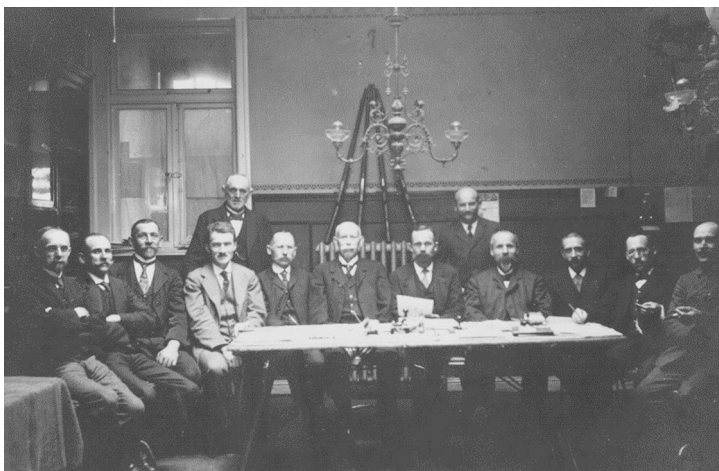
12 Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 194.

13 Vgl. zum Folgenden Kruck, Albrecht: *Der Arbeiter- und Soldatenrat in Itzehoe*, Examensarbeit Lehramt an Volksschulen, Mschr. Kiel 1970 (im Kreis- und Stadtarchiv *Itzehoe*); Pelc, Ortwin/Lorenzen, Thomas: *125 Jahre Sozialdemokraten in Itzehoe*, *Itzehoe* 1989, S. 42–44; Engel-Baseler, Ute: *Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik*, in: Ibs, Jürgen (Hg.): *Itzehoe. Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein* Bd. 2, *Itzehoe* 1991, S. 169–286, hier S. 269–273; Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 195–198.

14 Vgl. Bobell, Richard: »Die Umwälzung in Elmshorn geht in Ruhe und Ordnung vor sich«. Politische Umbrüche 1918–1933–1945, in: *Beiträge zur Elmshorner Geschichte* 2, *Elmshorn* 1988, S. 129–

Maschinengewehr-Posten am Bahnhof sollte die Reisenden kontrollieren. Ein Sympathiestreik der örtlichen Arbeiter brachte die größeren Betriebe zum Stillstand. Als erste »Amtshandlung« wurde die Munitionsfabrik von Bodstein und Harhorn geschlossen. Elmshorn hatte damals rund 14.000 Einwohnern, war die größte Stadt des Kreises *Pinneberg* und ein wichtiger Industriestandort. Gleich am 7. November fand um 9 Uhr morgens im Stadttheater eine – wie es im Ratsprotokoll steht – von Sozialdemokraten einberufene Versammlung statt.

Abbildung 3: Der Arbeiter- und Soldatenrat von Elmshorn, undatiert



©Stadtarchiv Elmshorn

Hier erläuterte ein Unteroffizier die Ziele des Kommandos aus Itzehoe, und es wurde ein Arbeiterrat gewählt, in dem auch je zwei Arbeiter der größeren Betriebe im Ort vertreten waren.¹⁵ Ein anschließender Umzug von etwa 1.000 Teilnehmern durch die Stadt mit Fahnen, Musik und Waffen verlief friedlich. Gleichzeitig tagte im Rathaus der Magistrat, zu dessen Sitzung der Arbeiterrat in Begleitung eines Unteroffiziers erschien.¹⁶ Letzterer erklärte, dass sie aus Itzehoe abkommandiert worden seien und dass am nächsten Tag die Arbeit in den Fabriken wieder aufgenommen werden sollte. Die Verwaltung solle nicht gestört werden, wer sich aber den Anordnungen des Arbeiterrats widersetze, werde erschossen. Zudem sollten die 40 Mann für drei Tage beköstigt werden, was der Magistrat auch sogleich zugestand; sie erhielten Brotkarten und Mahlzeiten im Kriegsspeisehaus.

146, hier S. 130-135; Sluzalek, Ralf: Gewerkschaftsgeschichte Elmshorn, Elmshorn 1991, S. 147-151; Rasmussen, Alfred: Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter im politischen Widerstand 1914-1935, Elmshorn 2011, S. 46-56.

15 Zu den Forderungen, der Wahl und Zusammensetzung des Arbeiterrats: Wohlenberg, Jürgen: November 1918 – Revolution in Elmshorn, in: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 52, 2018, S. 129-136, hier S. 132-134.

16 Ebd., S. 129f.

Ungewöhnlich verliefen die politischen Veränderungen in *Glückstadt*. Als hier am Elbufer eine losgerissene Seemine angeschwemmt wurde, verständigte das Königliche Wasserbauamt die Marinestellen in Cuxhaven.¹⁷ Nachdem die Besatzung eines Minenräumbootes aus Cuxhaven am 10. November die Mine entschärft hatte, stellte sie fest, dass die Revolution Glückstadt noch nicht erreicht hatte. Auf einer am Nachmittag des 11. November in einem Lokal einberufenen Versammlung waren Vertreter der Glückstädter Betriebe, bewaffnete Marineeinheiten, Soldaten auf Urlaub und Vertreter des Itzehoer Arbeiter- und Soldatenrats anwesend. Letztere versicherten dem Bürgermeister, dass für Ruhe und Ordnung gesorgt und kein Eigentum angetastet würde. Eine weitere Versammlung am Abend bestätigte mit wenigen Änderungen die Nominierung von Arbeitervertretern in einem vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrat. Dabei fällt auf, dass es vor allem Vertreter der örtlichen SPD – darunter ein Stadtverordneter – und der Großbetriebe waren. Auf die Versammlung folgte ein Umzug mit Gesang durch die Stadt zum Marktplatz. Hier brachten in kurzen Ansprachen der Bürgermeister ein Hoch auf das »teure deutsche Vaterland«, ein SPD-Stadtverordneter auf die »soziale Republik« aus. Am folgenden Tag veröffentlichte der Arbeiter- und Soldatenrat in der »Glückstädter Fortuna«, dass die öffentliche Gewalt nun in seiner Hand läge, die Behörden ihn anerkannt hätten und ebenso weiterarbeiten würden, wie es die Arbeiter in den Betrieben tun sollten.¹⁸

2.2 Altona (6.11.), der Kreis Pinneberg (7.11.), Stade (9.11.), Freiburg (12.11.) und Buxtehude (bis 14.11.)

Während die revolutionären Veränderungen im Kreis Steinburg und im nördlichen Kreis Pinneberg aus dem Elbmündungsraum kamen, erfolgten sie im südlichen Kreis Pinneberg aus Richtung Hamburg und Altona. In *Altona* wurde bereits am 3. November eine Versammlung der SPD von Anhängern des Spartakus und beurlaubten Soldaten dominiert, die sich verbrüderten und das Kriegsende forderten.¹⁹ Nachdem in Hamburg am Vormittag des 6. November strategische Stellen von bewaffneten Matrosen besetzt worden waren, beschloss eine große Versammlung von ca. 40.000 Menschen auf dem Heiligengeistfeld, nach Altona an die Palmaille zu ziehen, wo sich die militärischen Kommandostellen für Hamburg und Norddeutschland befanden.²⁰ Zwar hatte

17 Zum Folgenden: Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 202-205.

18 Die Zitate ebd., S. 204f.

19 Zum Folgenden: Altonaer Tageblatt vom 7.11.1918; Krause, Thomas: Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona, in: Arnold Sywottek (Hg.), *Das andere Altona*, Hamburg 1984, S. 39-58; Stahncke, Holmer: *Altona und die Revolution 1918/19. Aufbruch in die kommunale Demokratie*, Hamburg 2018.

20 Zum Verlauf der Revolution in Hamburg s. ausführlich Stalman, Volker (Bearb.): »Die Revolution von 1918/19 in Hamburg. Vom Räteradikalismus zum hansestädtischen Parlamentarismus«, in: Detlef Lehnert (Hg.), *Revolution 1918/19 in Norddeutschland (Historische Demokratieforschung 13)*, Berlin 2018, S. 99-175; Ewald, Christina: »Als die rote Fahne am Rathaus wehte. Hamburg zwischen Revolution und Neuordnung«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): *Revolution! Revolution?*, S. 108-125. Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Johanna, »Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution«, S. 69-93.

der Kommandeur des stellvertretenden 9. Armeekorps, Adalbert von Falk, in Absprache mit dem Altonaer Stadtkommandanten beschlossen, die als Reserve verbliebenen zwei Kompanien gegen die Aufständischen einzusetzen, die Soldaten weigerten sich aber, auf die Menge zu schießen. Der Demonstrationszug wurde um 14 Uhr an der Stadtgrenze am Nobistor durch ein Feuergefecht mit kaisertreuen Offizieren aufgehalten, bei dem zehn Menschen starben. Als der Zug das Generalkommando an der Palmaille erreichte, legten die dortigen Wachen ihre Waffen nieder. Nachdem General von Falk das oben erwähnte Telegramm an die norddeutschen Garnisonen abgeschickt hatte, um Blutvergießen zu vermeiden, floh er mit einem Auto nach Lüneburg, der Stadtkommandant in zivil durch die Gärten seiner Dienststelle. Altonas Oberbürgermeister Schnackenburg war schwer an Grippe erkrankt, sein Stellvertreter Schulz versteckte sich. Es wurden einige Bäckereien geplündert sowie die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen befreit, ansonsten blieb es ruhig. Die Mannschaften in den Kasernen schlossen sich den Revolutionären an, in einigen wurden bis zum 7. November auch Soldatenräte gegründet. Sie scheinen aber eher unpolitisch gewesen zu sein und wollten vor allem den Dienstbetrieb in den Kasernen aufrechterhalten, nachdem die Offiziere geflohen waren. Mit dem am 6. November gegründeten »Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgebung« gerieten die Altonaer Soldaten allerdings in Konflikt, als sie Hamburger Matrosen daran hinderten, in der Viktoria-Kaserne Waffen und Geld zu requirieren. In Hamburg herrschte daraufhin ein gewisses Misstrauen gegen die Altonaer Soldaten, weil man sie als konterrevolutionär einstufte.²¹ Die Altonaer Verwaltung arbeitete weiter, um die städtischen Funktionen aufrecht zu erhalten. Der Altonaer SPD-Senator Hermann Thomas wurde ebenso wie der Stadtverordnete Gustav Hähnel in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und vier Sozialdemokraten am 12. November dem Magistrat als vetoberechtigte Senatoren angegliedert, wodurch die Altonaer Stadtverwaltung eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber Hamburg behielt.²²

In den preußischen Landgemeinden des großen Kreises *Pinneberg* nahe Hamburg und Altona fanden ähnliche politische Veränderungen statt wie wohl in den meisten damaligen Kommunen. Auch hier ist die Überlieferung meist spärlich oder es sind noch keine Forschungen erfolgt. Die Schulchronik von *Schnelsen* berichtet z. B.:

Am 11.11.1918 kamen zur Mittagszeit auch 3 Matrosen mit aufgepflanztem Seitengewehr und roten Fahnen nach Schnelsen. Sie entwaffneten die hieselbst im Nachrichtenpark sich befindlichen Wachen von 30 Mann und schlugen in Münsters Gasthof ihr Domizil auf. Am selben Tag wurde ein Arbeiterrat gewählt. Sie machten sich zum Soldatenrat und fingen an zu regieren.²³

Dem Gemeindevorsteher wurde ein Beigeordneter zugeteilt, der Gemeindevertretung zwei Räte, die diese beaufsichtigten. So wurden im November im *Kreis Pinneberg* – neben den bereits erwähnten – weitere Arbeiter- und Soldatenräte in *Barmstedt*, *Garstedt*, *Groß Flottbek*, *Halstenbek*, *Klein Flottbek*, *Nienstedten*, *Osdorf*, *Quickborn*, *Rissen*, *Schenefeld*,

21 Stahncke (2018): Altona und die Revolution, S. 30f; vgl. in diesem Band Stahncke, Holmer: »Altona in der Revolution von 1918/19«, S. 191–212.

22 Stahncke (2018): Altona und die Revolution, S. 34–36.

23 Grigat, Horst (Hg.): Hamburg-Schnelsen. Von der Steinzeit bis zur Gegenwart, Hamburg 1996, S. 81.

Sülldorf, Uetersen und Wedel gegründet, ein reiner Arbeiterrat in *Holm*, Soldatenräte in *Bahrenfeld, Lokstedt, Niendorf* und *Stellingen-Langenhofde*. Hinzu kamen Bauernräte in *Eidelstedt, Haselau, Holm, Lokstedt, Osdorf, Schenefeld* und *Wedel*, ein Landarbeiterrat in *Oseldorf*, ein Volksrat und ein Bürgerrat in *Rissen* sowie sogar ein Gärtnerat in *Othmarschen*.²⁴ Die politische Ausrichtung der einzelnen Räte müsste noch ermittelt werden, sie gehörten wohl nicht alle zu den Unterstützern des demokratischen Umbruchs.

In *Blankenese* an der Elbe verliefen die ersten Novembertage ausgesprochen geordnet.²⁵ Damals wurde die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg und Altona im Umland anscheinend schon so weit anerkannt, dass ein Telefonanruf beim Gemeindevertreter in *Blankenese* genügte, damit dieser am 11. November alle Militär-angehörigen im Ort aufrief, sich abends auf einer Versammlung zu treffen. Die Anwesenden wählten dann dort einen Soldatenrat und stellten einen Sicherheits- und Wachdienst auf. Die Mitglieder auch des zwei Tage später – allerdings nicht öffentlich – gewählten Arbeitervereins gehörten zu den alteingesessenen SPD-Mitgliedern oder standen der SPD nahe.

Am 7. November 1918 kamen um 15 Uhr mehrere Lastwagen aus Hamburg mit 20 bis 30 jungen Matrosen und Soldaten in die *Pinneberg*.²⁶ Diese kauften dort zuerst Brot und begaben sich sodann in das Bürgermeisteramt, wo gerade die Stadtverordneten tagten. Es wurde vereinbart, dass sie die kommunale Verwaltung übernehmen bzw. Beigeordnete stellen sollten. Der Arbeiter- und Soldatenrat, den sie bildeten, bestand allerdings nur aus Soldaten. Am 9. November versammelten sich die örtlichen Soldaten und bildeten einen Sicherheitsdienst; die Hamburger Soldaten kehrten nach *Hamburg* zurück. Erst am 10. November fand eine Volksversammlung mit dem örtlichen SPD-Mitglied Ernst Fliegner statt, der für Ruhe und Ordnung plädierte und Maßnahmen zur Versorgung, öffentlichen Sicherheit und Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach *Hamburg* ankündigte. Nun wurde auch ein Arbeiterrat gewählt.

Wenden wir uns wieder dem gegenüberliegenden Elbufer zu. Die *Stade* hatte damals als wichtigstes regionales Wirtschafts- und Verwaltungszentrum an der Unterelbe rund 12.000 Einwohner. Das dort stationierte Bataillon war im November 1918 noch an der Front, vor Ort gab es nur eine Wachmannschaft von ca. 30 Mann. Der Stader Regierungspräsident Hans Grashoff erhielt am 6. November Meldungen über Matrosenunruhen in *Cuxhaven* und anderen Orten und besprach mit Bürgermeister Frommhold, dem Landrat und dem Standortältesten der Garnison zu treffende Maßnahmen.²⁷ An

24 Kurz, Jan: »Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, in: Förderkreis Historisches Blankenese e. V. (Hg.), Blankenese 1918. Verstörung – Revolution – Nachwirkung, Hamburg 2018, S. 53-70, hier, S. 68.

25 Zum Folgenden ebd., S. 53-70.

26 Vgl. zum Folgenden ausführlich Seifert, Johannes: »Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat«, in: Domeyer, Wolfgang J. (Hg.), Pinneberg. Vom Kaiserreich zur Republik 1900-1923, Husum 2016, S. 221-246.

27 Zum Folgenden Bohmbach, Jürgen: »Stade in der Weimarer Republik«, in: ders. (Hg.), Stade. Von den Siedlungsanfängen bis zur Gegenwart, Stade 1994, S. 419-429; Müller, Henning K.: »Ihre Wogen gingen nicht hoch«. Die ersten Tage der Novemberrevolution 1918/19 in den Berichten des Stader Regierungspräsidenten und seiner Landräte, in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 139-187, hier S. 140, 146-151, 180f.

diesem Tag gab es auch bereits Gerüchte über einen kommenden Umsturz in der Stadt, denn Soldaten aus Cuxhaven sollen auf der Bahnfahrt Richtung Harburg dem Stationsvorsteher zugerufen haben, dass Stade am nächsten Tag von Matrosen besetzt würde.

Im Gegensatz zu den offensichtlich eher passiven Bürgermeistern der vorgenannten Städte reagierte der Stader Bürgermeister Frommhold sofort und erließ am 7. November einen Aufruf »Ordnung und Sicherheit«, in dem er an die besonnene Bevölkerung appellierte, vor Aufruhr warnte und zur Zusammenarbeit mit den Behörden aufforderte, um das Leben und Eigentum der Einwohner zu schützen. Am Abend des 8. November 1918 trafen hier revolutionäre Matrosen aus Hamburg ein, geführt von zwei Stadern, die in Hamburg stationiert waren.²⁸ Sie suchten den Bürgermeister und den Landrat auf, der ihnen versichern musste, dass er keine Aktionen gegen sie unternehmen und seine Arbeit fortführen würde.²⁹

Der Bürgermeister informierte sofort telefonisch den Regierungspräsidenten, so dass dieser vorbereitet war, als sie auch zu ihm kamen. Sie erklärten ihm, dass der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hätte »die Führung der öffentlichen Gewalt auf Stade durch Einrichtung einer Zweigstelle auszudehnen«.³⁰ Sie forderten den Regierungspräsidenten auf, die Arbeit mit der Zivilverwaltung fortzusetzen. Grashoff wiederum verbat sich den Eingriff in seine Amtsführung, damit Ruhe, Ordnung und die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet blieben, und unterschrieb nur widerwillig, dass er sich dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat unterstellen würde. Am 9. November informierte er seine Mitarbeiter über die neue Situation, am 10. November veröffentlichte er einen Aufruf an alle Landräte sowie weiteren Behörden im Regierungsbezirk, ihre Arbeit fortzusetzen. Grashoff sah sich in seiner Arbeit bestärkt, als – nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik in Berlin am 9. November – der Minister des Innern am 11. November alle Verwaltungsbehörden anwies, ihre Dienstgeschäfte »im Interesse des Vaterlandes« fortzuführen.³¹ In den folgenden Tagen war er dann bemüht, einen Überblick über die politische Entwicklung in den einzelnen Orten des Regierungsbezirks zu erhalten und forderte am 13. November tägliche Berichte von den Landräten ein.

Das »Stader Tageblatt« berichtete am 9. November von einer Versammlung von rund 2.000 Menschen am Bahnhof. An diesem Tag wurde auch ein Arbeiter- und Soldatenrat in Stade gegründet, der den Redakteur des sozialdemokratischen »Volksblatts für die Unterelbe«, Gustav Peltz, zum Vorsitzenden wählte. 50 bewaffnete Matrosen aus Cuxhaven sollen damals wichtige Institutionen in der Stadt besetzt und einen Soldatenrat gegründet haben, was auf konkurrierenden Einfluss der Revolutionäre aus Hamburg und Cuxhaven hindeutet. Als Offiziere der Wache allerdings einen konkurrierenden Soldatenrat – vermutlich mit anderen politischen Zielen – gründeten, wurde dieser von einem Marine-kommando aus Cuxhaven festgesetzt und auf einem Schiff nach Cux-

28 Bohmbach (1994): »Stade in der Weimarer Republik«, nennt den 7.11. Andere Quellen führen als Datum den 8.11. an. Vgl. Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 146.

29 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 181.

30 Ebd., S. 148.

31 Ebd., S. 151.

haven gebracht.³² An den Verwaltungsstrukturen in *Stade* änderte sich kaum etwas, Magistrat und Bürgervorsteher blieben im Amt, allein ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats nahm an den Sitzungen teil und unterzeichnete die Verfügungen mit. Dies entsprach den Anweisungen der Preußischen Regierung vom 14. November, dass die Räte nur eine Kontrollinstanz gegenüber der Verwaltung sein sollten.³³ Wie in anderen Orten bildete sich allerdings nach wenigen Tagen auf Initiative des Bürgermeisters und liberaler Vertreter des Bürgertums ein Bürgerrat, der mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eng zusammenarbeiten wollte. Dies ist ein Indiz für die insgesamt relativ schnelle Reaktion des Bürgertums in *Stade* auf die neue politische Lage.

Seitens des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats bestand ein Interesse, die Uferregionen der Unterelbe mit den dortigen Orten und Verkehrsverbindungen und damit den Schifffahrtsweg Elbe zu kontrollieren. Das gleiche Interesse hatte auch der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat, der in seinen Aktivitäten auf preußisches Gebiet ausgriff: Im Marineflugplatz *Nordholz* wurde ein ihm untergeordneter Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, in *Otterndorf* besetzten Matrosen am 6. November den Bahnhof der Strecke nach *Stade* und setzten Patrouillen ein.³⁴ Dem Landrat wurde mitgeteilt, dass dies wegen befürchteter militärischer Gegenmaßnahmen geschehe. Ihm wurde versichert, dass es keine Ausschreitungen gegen die Bevölkerung geben würde. An diesem Tag wies der Regierungspräsident in *Stade* den Hadelner Landrat an, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats aus *Cuxhaven* zu fügen; zugleich informierte er das Generalkommando in *Altona* über die Vorgänge in *Cuxhaven* und Umgebung und erwähnte auch die Möglichkeit, militärisch einzugreifen und die Bahnhöfe zu besetzen, was allerdings nicht geschah. Zwei Tage später erfolgte die Besetzung des Otterndorfer Post- und Telegraphenamtes, ein Matrosen-Artillerist sollte dort als Brief-Zensor die Briefe und Telegramme nach möglichen Maßnahmen gegen die Revolutionäre prüfen. Nach wie vor gab es die Befürchtung auf Seiten der Revolutionäre, dass eine aktive Gegenreaktion erfolgen könnte. Als am 6. November in *Stade* aus immer mehr Orten Meldungen eintrafen, dass dort revolutionäre Matrosen aktiv waren, erhielten alle Landräte die Weisung, jedes Blutvergießen zu vermeiden, höflich und sachlich zu verhandeln und nach Ermessen zu reagieren. Der Landrat veröffentlichte seinerseits am 14. November einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er zu Besonnenheit, Ruhe und Ordnung ermahnte und versicherte, dass die Behörden ihre Arbeit fortsetzen würden.³⁵

Am 9. November erschienen unter Führung eines Zivilisten acht bis zehn Matrosen und Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrats aus *Stade* in *Freiburg* an der Elbe, dem Verwaltungssitz des Landes *Kehdingen*. Der dortige Landrat blieb reserviert, schlug einen Handschlag aus und erklärte, dass er den Stader Arbeiter- und Soldatenrat nicht als

32 Lübcke, Christian: »Stade während der Novemberunruhen des Jahres 1918.« in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 99-115, hier S. 112f; Bohmbach (1994): »Stade in der Weimarer Republik«, S. 420.

33 Bohmbach (1994): ebd., S. 421; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 153.

34 Lükens (1973): »Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven«, S. 135, 145-146; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 168-171; zu Nordholz vgl. Loose, Hans-Dieter: »Die Entstehung des Marine-Schießplatzes bei Cuxhaven und die letzte Geheimsitzung der Hamburgischen Bürgerschaft in der Kaiserzeit«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 70, 1984, S. 207-221.

35 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 169.

vorgesetzte Instanz anerkennen würde.³⁶ Der Aufforderung, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, wollte er nachkommen, ebenso die Geschäfte weiterführen. Die Revolutionäre verzichteten auf das Hissen der roten Fahne, ließen aber die Landjägerbeamten entwaffnen und kündigten Beigeordnete an, die mit der Verwaltung über Ernährungs- und Polizeifragen beraten würden. Ein Wachkommando sollte als Polizeitruppe von etwa 20 Mann bis zu den ersten freien Wahlen und der Verabschiedung einer Verfassung tätig sein. In seinem Bericht an den Regierungspräsidenten vom 9. November wirkte der Landrat bereits entspannt und erwähnte, dass die dortigen Revolutionäre mit einzelnen Vorkommnissen in *Hamburg* nicht einverstanden seien. Am 12. November wurde auch hier ein lokaler Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gegründet.³⁷ Im restlichen *Kreis Kehdingen* entstanden keine gesonderten Bauernräte, da die Bauern in den Arbeiter- und Soldatenräten mitvertreten waren. In der Stadt *Buxtehude* wurde vom Stader Arbeiter- und Soldatenrat spätestens am 14. November ein Rat gegründet.³⁸ Den Vorsitz übernahm ein langjähriger SPD-Parteifunktionär, der Zigarrenmacher Weber. Im *Alten Land* entstand dann am 18. November ein Arbeiter- und Bauernrat als einer der letzten in den Kreisen, dessen Vorsitz ein Arbeiter aus *Jork* und ein Hofbesitzer aus *Mittelnkirchen* übernahmen. Drei Mitglieder des Rats beaufsichtigten in gutem Einvernehmen – wie es heißt – die Kreisverwaltung. Die im Westen und Süden des großen Regierungsbezirks *Stade* gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte wurden damals stark durch die politische Entwicklung in *Bremen* beeinflusst.³⁹

2.3 Harburg (7.11.), Wilhelmsburg (11.11.), Winsen (8.11.) und Lüneburg (8.11.)

Eine besondere Bedeutung kam in diesen revolutionären Tagen der Stadt *Harburg* südlich von Hamburg zu. *Harburg* war mit seinen 67.000 Einwohnern (1910) ein wichtiger Industriestandort und Hafen an der Elbe und zusammen mit der Elbinsel *Wilhelmsburg* zugleich ein strategisch wichtiger Verkehrsknoten und Elbübergang. Wie *Altona* und *Wandsbek* bildete es mit Hamburg einen wirtschaftlichen Großraum.⁴⁰ Bereits am Abend des 4. November 1918 erfuhren die in *Harburg* stationierten zwei Ersatz-Pionierbataillone von den Ereignissen in Kiel und wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Am 5. November berichteten dann die »Harburger Anzeigen« über die »Ausschreitungen von Matrosen in Kiel« und vermuteten, dass »bolschewistische Propaganda« im

36 Ebd., S. 172-174.

37 Ebd., S. 175.

38 Fiedler, Gudrun: »Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren Hamburg, Cuxhaven und Bremen. Eine Einführung in das Thema«, in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 11-20, hier S. 16; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 171f.

39 Fiedler (2018): »Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren«, S. 16-18.

40 Vgl. zum Folgenden Meyer, Hans-Joachim: Rote Fahnen über Harburg. Die Ereignisse in unserer Stadt während der Novemberrevolution 1918, Hamburg 1998; Gotthardt, Christian: Die radikale Linke als Massenbewegung. Kommunisten in Harburg-Wilhelmsburg 1918-1933, Hamburg 2007, S. 19-41; Köne, Günter: »Der Umbruch. Novemberrevolution und Rätebewegung«, in: Stegmann, Dirk (Hg.): Der Landkreis Harburg 1918-19149. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur, Hamburg 1994, S. 16-21.

Spiel sei.⁴¹ Der lokale SPD-Parteivorstand mahnte gleichzeitig zur Besonnenheit. Am 6. November wurde auch über die USPD-Versammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus vom Vortag berichtet. Nun war bereits der Straßenbahnverkehr nach *Hamburg* unterbrochen. Das »Hamburger Echo« berichtete, dass sich am 7. November im benachbarten Wilhelmsburg ein Demonstrationzug aus etwa 12.000 bis 16.000 Arbeitern von der Vulcan-Werft durch *Neuhof* und über die *Veddel* nach Hamburg bewegt hätte. In *Wilhelmsburg* wären dabei die Gendarmen entwaffnet worden und dortige Soldaten hätten ihre Waffen und Abzeichen abgeben müssen. 100 Harburger Pioniere hätten die Wilhelmsburger Seite der Elbbrücke besetzt, um die Demonstranten nicht nach *Harburg* zu lassen, mussten sich dann aber zurückziehen. Eine Gruppe Infanteristen, Marinesoldaten und Zivilisten passierte mittags die Elbbrücke nach *Harburg* und veranlasste dort im Amtsgerichtsgefängnis die Freilassung der morgens Inhaftierten. In den Industriegebieten rief sie sodann die Arbeiter zu Arbeitsniederlegungen auf.⁴²

An diesem 7. November wurde auch in *Harburg* ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, der sich friedlich mit den Harburger Pioniereinheiten sowie dem Landsturm-bataillon einigte. Die SPD-Tageszeitung »Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend« veröffentlichte von nun an die Verlautbarungen des Arbeiter- und Soldatenrats. An diesem Tag wurden die Bahnhöfe von Mitgliedern des Soldatenrats besetzt und nur in Lebensmittelbetrieben durfte gearbeitet werden. Um 17 Uhr fand ein großer Demonstrationzug durch *Harburg* statt, dem die Kapelle des Ersatz-Pionierbataillons Nr. 9 voranmarschierte. Während der Abschlusskundgebung auf dem Kasernenhof wurde erneut zu Ruhe und Ordnung ermahnt und Plünderern Erschießung angedroht. Soldaten patrouillierten abends und nachts. Mehrere Jugendliche, die an den Elbbrücken mit Platzpatronen hantiert hatten, wurden nach einer kurzen Festnahme mit einer Verwarnung entlassen.⁴³

Auf der Elbinsel *Wilhelmsburg* wurden am 11. November ein Arbeiterrat aus 18 Mitgliedern und ein Soldatenrat aus zehn Mitgliedern gewählt. Diesem Arbeiter- und Soldatenrat, der auch einen »engeren« Rat bildete, stellte der Wilhelmsburger Gemeinderat am 28. November zwei Räume im Ratskeller des Wilhelmsburger Rathauses zur Verfügung und bewilligte für seine Ausgaben 20.000 Mark.⁴⁴ Der Wilhelmsburger Arbeiter- und Soldatenrat existierte allerdings nicht lange, um den Jahreswechsel vereinigte er sich mit dem Harburger.⁴⁵

In *Winsen* mit seinen rund 4000 Einwohnern lag – wie in Glückstadt und anderen Städten – im November 1918 eine Abteilung Landsturmsoldaten. Diese erklärte sich bereits am 7. November mit den revoltierenden Soldaten solidarisch. Vermutlich waren die neuen Nachrichten aus Hamburg gekommen. In *Winsen* wurde wohl auch das sozialdemokratische »Volksblatt für Lüneburg und Umgebung« gelesen, ein Kopfblatt des »Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung«, das aktuell über die Ereignisse in Kiel berichtete. Am 8. November wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, der

41 Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 9-10.

42 Ebd., S. 11.

43 Ebd., S. 12-13.

44 Ebd., S. 14.

45 Ebd., S. 35.

der Bevölkerung versicherte, dass das Privateigentum nicht angetastet würde, das Tragen von Waffen verbot, öffentliche Gebäude und Banken von Militärposten bewachen ließ und zur Besonnenheit aufrief.⁴⁶ Er wurde von zwei Sozialdemokraten geführt, einem Winsener Zigarrenmacher und einem Harburger Expedienten.⁴⁷

Gut überliefert sind die politischen Veränderungen in *Lüneburg*, denn hier sind neben den Zeitungen die Protokolle des SPD-Ortsvereins und des Arbeiter- und Soldatenrats erhalten. Der Verwaltungssitz und Militärstandort Lüneburg hatte damals 28.000 Einwohner; 1907 arbeiteten 58,2 Prozent der Bewohner in Industrie und Handwerk (in Harburg damals 67,7 Prozent).⁴⁸ Die Lüneburger Zeitungen berichteten am 5. November über die Ereignisse in *Kiel*. Am selben Tag kam eine Gruppe Kieler Matrosen mit Urlaubsscheinen ihres Arbeiter- und Soldatenrats am Bahnhof an und musste hier vorerst bleiben, da der weitere Zugverkehr unterbrochen war. An diesem Abend trafen sich auch 22 Mitglieder des SPD-Ortsvereins und diskutierten neben lokalen Themen auch grundsätzliche politische Fragen wie »Evolution« oder »Revolution«. Auf einer weiteren Versammlung am folgenden Tag, dem 6. November, als neue Berichte aus *Kiel* eintrafen, erklärte die lokale SPD gegenüber den bürgerlichen Parteien ihre Loyalität zur bestehenden Regierung Max von Baden. Am darauffolgenden Tag – die Kieler Soldaten befanden sich immer noch am Bahnhof – verbreitete sich die Nachricht, dass eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats auf dem Weg nach *Lüneburg* sei, um hier die Macht zu übernehmen. Eine Menschenmenge am Bahnhof zerstreute sich am Abend nach längerem Warten. Spät nachts kam diese Abordnung dann tatsächlich, begab sich sofort in das Rathaus, wo Magistrat, Rat und Parteienvertreter warteten, und übernahm die militärische Macht in der Stadt. Diese Abordnung bestand allerdings nur aus Soldaten und wurde in den Zeitungen auch nur als »Soldatenrat« bezeichnet. Am 8. November erfolgte die Wahl eines Arbeiterrats, dessen Mitglieder die führenden Vertreter der SPD und der Gewerkschaften in *Lüneburg* waren. Diese scheinen nun allerdings nur eine geringe politische Rolle gespielt zu haben, denn die Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats leitete in den nächsten Wochen ein Matrose aus *Wilhelmshaven* und der Soldatenrat erhielt ein Vetorecht bei allen kommunalen Entscheidungen. Wie in vielen anderen Orten, erfolgte ein Aufruf an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Behörden sollten weiter amtieren, dem Oberbürgermeister wurde wie in anderen Orten ein Mitglied des Arbeiterrats beigelegt. Ein gewisses Zeichen der Hilflosigkeit ist ein Telegramm des Arbeiterrats am 8. November an die SPD in Berlin, in dem er um die Entsendung eines Vertreters zur Entscheidungsfindung in *Lüneburg* bat.

46 Vgl. zum Folgenden Hagen, Günther: Geschichte der Stadt Winsen an der Luhe, Winsen 1978, S. 161–166.

47 Kónke (1994): Der Umbruch, S. 17.

48 Vgl. zum Folgenden Rother, Bernd: »Lüneburg 1918/19 – Eine Revolution in der Provinz«, in: Lehnert, Detlev (Hg.), Revolution 1918/19 in Norddeutschland (= Historische Demokratieforschung 13), Berlin 2018, S. 347–382.

2.4 Am Nordufer der Elbe: Bergedorf (9.11.)

Auf der nördlichen Seite der Elbe, im hamburgischen *Bergedorf*, sind die Ereignisse in den Revolutionstagen durch die »Bergedorfer Zeitung« recht gut dokumentiert.⁴⁹ Sie berichtete zuerst über die Entwicklungen in *Kiel* und *Hamburg* und meldete dann am 7. November, dass eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats eingetroffen sei. Sie hätte angeordnet, dass jegliche »Straßenansammlungen« zu unterbleiben hätten und drohte bei Ausschreitungen und Plünderungen mit Erschießungen. Am folgenden Tag betonte Bürgermeister Walli in einem Aufruf, dass die Behörden den Arbeiter- und Soldatenrat unterstützen würden, die Bevölkerung sich dessen Anweisungen fügen und sich jeder seiner Verantwortung bewusst sein solle. Ein Kommando aus 30 Mann sorgte für Sicherheit. Nächtliche Ausgehbeschränkungen, Verdunklungsanordnungen und die Ausgabe von Passierscheinen wurden nach einem Tag wieder zurückgenommen. Es gab nur einen Schuss auf das Auto des Arbeiter- und Soldatenrats, am 9. November meldete die Zeitung, dass sich das städtische Leben wieder normalisiert hätte. Nun unterzeichnete die Verlautbarungen ein »Arbeiter- und Soldatenrat für Bergedorf«, dessen beide Teile allerdings getrennt tagten. Ob er auch Mitspracherechte im dominierenden Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hatte, ist bisher nicht bekannt, jedenfalls beanspruchte er sie Ende Januar 1919.⁵⁰

Auch in den benachbarten *Vierlanden* wird dann Ende November sowie im Dezember 1918 ein »Arbeiter- und Soldatenrat der Vierlande« erwähnt, der seinen Sitz in Zoltenpieker hatte. Er vermittelte durch Anzeigen Landarbeiter, rief zur Wahl eines Bauernrates auf und äußerte sich zum Verbot des Weidenschnitts. Ein Arbeiter- und Soldatenrat in Ochsenwerder wurde am 29. November vom Hamburger Rat bestätigt, Anfang Dezember gab es dann einen »gemeinsamen« für die Orte *Ochsenwerder*, *Spadenland*, *Ta-tenberg* und *Moorwerder*.⁵¹

2.5 Östlich von Hamburg: Die Kreise Stormarn (8.11.) und Herzogtum Lauenburg (9.11.), Geesthacht (6.11.), Bramfeld (7.11.), Wandsbek und Ratzeburg (6.11.)

Werfen wir nun einen Blick auf die Region östlich von Hamburg, in die *Kreise Stormarn* und *Herzogtum Lauenburg* sowie die Hamburger Exklave *Geesthacht*. Im *Kreis Stormarn* gingen die politischen Veränderungen im Norden von Lübeck und im Süden von Hamburg aus. Wohl am 6. November 1918 ließ der Lübecker Soldatenrat den Bahnhof in *Bad Oldesloe* besetzen und berief in das Hotel »Stadt Hamburg« eine Sitzung ein. Er empfahl dort, einen Arbeiterrat zu wählen, der mit dem Soldatenrat zusammenarbeiten sollte. Die Versammelten wählten sieben Männer zu einem Arbeiterrat. Die Behörden der Stadt blieben dabei weitgehend unverändert. Zu den Aufgaben des Arbeiter- und

49 Siehe zum Folgenden die Artikel zur Revolution in Bergedorf von Reinert, Bernd, in: <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf>.

50 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 678.

51 Ebd., S. 304; Bergedorfer Zeitung vom 25. und 28.11. sowie 4., 14. und 27.12.1918; s. Bernd Reinert, Die Revolution erreicht die Dörfer, in: <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf>.

Soldatenrats gehörten vor allem die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und die Kontrolle der Verwaltung.⁵²

Im Süden des Kreises erschien in der zweiten Novemberwoche eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats in *Ahrensburg*, durchsuchte das dortige Schloss nach Waffen und machte es zu seinem Dienstsitz. Der Schlossherr Graf Schimmelmann befand sich im dänischen Exil, die gräflichen Waldungen durften nun zum Holz sammeln betreten werden. Unter Beteiligung von Frauen wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Die Gemeindevertretung wurde aufgehoben, zwei Tage später aber wieder eingesetzt; der Arbeiter- und Soldatenrat zeichnete nun die Verordnungen des Gemeindevorstehers Friedrich Knutzen gegen. Aus *Ahrensburg* ist eine Mitgliederliste des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats von 1918 überliefert, die einen Eindruck von seiner sozialen Zusammensetzung gibt.⁵³ Ihm gehörten ein Handlungsgehilfe, ein Briefträger, ein Postmeister, ein Maurer, ein Sattlermeister, ein Zimmerer, ein Steinmetzmeister und ein Arbeiter an.

In *Bramfeld* erschienen bewaffnete Soldaten und Matrosen ebenfalls im Auftrag des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats. Die dortigen drei Gendarmen wurden entwaffnet, woran »hauptsächlich die Halbwüchsigen« beteiligt gewesen sein sollen, wie der Bramfelder Pastor in der Kirchenchronik schrieb.⁵⁴ Auch aus anderen Kommunen wird berichtet, dass sich insbesondere Jugendliche in den Ereignissen im November 1918 hervortaten. Am 7. November 1918 fand auf dem Dorfplatz eine Volksversammlung statt. »Tags darauf« – schrieb der Pastor –

»schließen sich 30 Soldaten – Bramfelder – zusammen, die sich die Aufgabe stellen, Bramfeld gegen den Barmbecker Pöbel zu schützen und etwaige gegenrevolutionäre Bewegungen, an die niemand denkt, niederzuhalten. Amtsvorsteher wird einer der radikalsten Bramfelder Führer. Nach 9 Uhr abends darf niemand auf die Straße. Der Pastor erhält – wie auch andere – einen Passierschein, der ihm die Besuche der abends stattfindenden Lebensmittelkommissionsitzung ermöglicht. Auch diese wählt sich in einem Sozialdemokraten einen neuen Vorsitzenden. Am 9. November wird in einer öffentlichen Volksversammlung ein Arbeiterrat gebildet. Darauf wird der Amtsvorsteher seines Amtes enthoben.«⁵⁵

Aus den Protokollen des Bramfelder Arbeiterrats ist ersichtlich, dass von den 14 Mitgliedern fünf der USPD (zwei Kaufleute, ein Dreher, ein Maurer und ein Heizungsmonteur) und eines der SPD (Angestellter) angehörten, bei weiteren wird als Beruf Malermeister und Arzt angegeben.⁵⁶ Der Pastor begründete die gewaltfreien Veränderungen:

Blut ist in Bramfeld während der Revolutionszeit nicht geflossen. Man hörte wohl oft schießen und Bewaffnete zogen – auch auf Lastwagen – durch den Ort, aber niemand

52 Siehe zum Folgenden Perrey, Hans-Jürgen: Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47, Neumünster 1993, S. 173–191.

53 Ebd., Tafel 25 nach S. 192.

54 Ebd., S. 177; Seeler, Siegfried/Seeler, Ingrid: Bramfeld – Hellbrook – Steilshoop. Vom Dorf zum Stadtteil, Hamburg 1988, S. 163.

55 Seeler/Seeler (1988): Bramfeld – Hellbrook – Steilshoop, S. 163.

56 Ebd., S. 164.

wurde verletzt. Daß Gewalttätigkeiten in Bramfeld nicht vorkamen, hatte letzten Endes seinen Grund darin, daß die linksradikale Arbeiterschaft durch ihre Vertreter das kommunale Leben beherrschte. Die tüchtigsten Führer der Arbeiter waren hier immer sehr radikal. Da sie die unbestrittene Herrschaft hatten, lag kein Anlaß zu Gewalttätigkeiten vor.⁵⁷

Auch in *Wellingsbüttel* bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, der eine »Sicherheitswache« aus überwiegend ortsfremden Mitgliedern zusammenstellte, die am 18. November dann auf sieben Mann reduziert wurde. Verpflegung erhielten sie je zur Hälfte durch die Gemeinde und Spenden, im Gasthof »Friedenseiche« wurden sie untergebracht.⁵⁸

Die Stadt *Wandsbek* war Sitz der Kreisverwaltung von *Stormarn*, seit 1901 aber auch ein eigener Stadtkreis mit 34.000 Einwohnern (1908), wachsender Industrie und Handel sowie der Garnison eines Husarenregiments. Über die politische Entwicklung in dieser Hamburger Nachbarkommune in den Jahren 1918/19 ist bisher fast nichts bekannt. Das Husarenregiment Nr. 15 war im Krieg gegen Russland und dann an der dortigen Grenze eingesetzt und kehrte erst zwischen dem 30. Januar und März 1919 nach Wandsbek zurück, wo es mit dem Standort aufgelöst wurde.⁵⁹ Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat bezog *Wandsbek* in seinen Namen und damit auch in seine unmittelbare Zuständigkeit mit ein. Über eine Vertretung Wandsbeker Interessen im Hamburger Rat ist bisher aber nichts bekannt. Der Einfluss aus *Hamburg* zeigt sich dort in einem undatierten Flugblatt, in dem der »Sicherheitsdienst Wandsbek« im Auftrag des »Arbeiter- und Soldatenrats Hamburg-Altona-Wandsbek« verkündet, dass er den Sicherheitsdienst im Kreis *Stormarn* übernehmen und die Gendarmen zusätzlich durch Kavallerie-Patrouillen verstärken würde.⁶⁰ Eine erste Konferenz aller Stormarner Arbeiter- und Soldatenräte am 8. Dezember 1918 fand bezeichnenderweise in Hamburg statt, auf der auch ein Zentralarbeiterrat für den Kreis *Stormarn* bestimmt wurde. Zwei Beigeordnete – SPD-Mitglieder – übernahmen die Machtbefugnisse in der Wandsbeker Kreisverwaltung.

Im Kreis Herzogtum *Lauenburg* waren die Städte *Ratzeburg* und *Mölln* Garnisonsstandorte. Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde im Kreis von zwei Richtungen aus beeinflusst, von *Lübeck* im Norden und Hamburg im Westen.⁶¹ Nach der Besetzung *Lübecks* durch Marinesoldaten am 4./5. November griff das Gerücht um sich, dass diese auch zu den nächstgelegenen Garnisonen marschieren würden. In *Ratzeburg* schlossen sich am 6. November spontan Soldaten zusammen und zogen zu den

57 Ebd., S. 163-164.

58 Fiege, Hartwig: Geschichte Wellingsbüttels. Vom holsteinischen Dorf und Gut zum hamburgischen Stadtteil, Neumünster 1982, S. 111.

59 Faerber, Hans-Werner: Wandsbeker Husaren. Eine Episode preußischer Kavalleriegeschichte, Hamburg 1991, S. 141, 145-147.

60 Abgebildet in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 101.

61 Vgl. zum Folgenden Zimmermann, Hansjörg: Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 72), Neumünster 1978, S. 121-143, und ders.: »Vor 100 Jahren. Rote Fahne auf Ratzeburger Rathaus,« in: Lauenburgische Heimat 206, 2018, S. 84-97.

Wohnungen von Offizieren, um diese zu entwaffnen; Zivilisten schlossen sich ihnen an. Sie drangen auch gewaltsam in das Offizierskasino ein, das anschließend wohl von Zivilisten geplündert wurde. Wichtige Gebäude in der Stadt wurden besetzt und ein Soldatenrat gebildet; vermutlich wurden sie dazu telefonisch aus *Kiel* oder *Lübeck* angeregt, denn die Soldaten waren gut informiert. Bei den Demonstrationen am 6. und 7. November wurde wiederholt die Plünderung des Landratsamtes und der Wohnungen leitender Beamter gefordert. Wie die Plünderung des Offizierskasinos waren sie ein Zeichen, wie ablehnend die Bevölkerung diesen Gruppen gegenüberstand. Bei seiner ersten öffentlichen Maßnahme am 7.11. verbot der Arbeiter- und Soldatenrat durch Maueranschläge Plünderungen und Diebstahl bei Todesstrafe. Straßenpatrouillen von sechs bis acht Mann versuchten, die Ruhe und Ordnung in dieser angespannten Situation aufrecht zu erhalten.⁶² Parallel dazu nahm der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat auf die Entwicklung im Süden des Kreises *Lauenburg* Einfluss, wo die Hamburger Exklave *Geesthacht* mit kriegswichtigen Fabriken lag.

Der kleinstädtische Ort *Geesthacht* – er wurde erst 1924 Stadt – wurde vor allem durch die Dynamitfabrik von Alfred Nobel (1865/66), die Pulverfabrik in *Düneberg* (1877) sowie die Hartsteinwerke (1904/05) geprägt. *Geesthacht* war damit ein ausgesprochener Industriearbeiterort, der auch stark von der Kriegsproduktion betroffen war: Die Sprengstoff-Fabriken wurden erweitert, von 1.650 Personen auf fast 20.000 im Jahr 1918; 1918/19 mussten sie ihre Produktion aber einstellen.⁶³ Am 6. November 1918 bildete sich in *Geesthacht* ein Arbeiter- und Soldatenrat, zu dem auch Betriebsräte der Fabriken in *Krümmel* und *Düneberg* sowie der Heilstätte *Edmundsthal* gehörten.⁶⁴ Am Nachmittag des folgenden Tages erschien eine Deputation des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats in der Dynamitfabrik in *Krümmel*, entwaffnete die Landsturmwache und wollte mit dem Direktor und dem Arbeiterausschuss verhandeln. Offensichtlich wurden an diesem Tag auch die Arbeiten in den Sprengstofffabriken eingestellt. Die meisten Arbeiter in *Geesthacht* kamen aus *Hamburg* und wurden wohl schon dort auf den Bahnhöfen an der Fahrt nach *Geesthacht* gehindert. Am Morgen des 8. November kamen 20 Matrosen in die Fabriken, um die endgültige Arbeitseinstellung zu erwirken. Am Tag darauf, den 9. November, verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat, dass er die Kontrolle über die Gemeindeverwaltung, die Polizei, die Post, Telegraphie und Eisenbahn, das Meldewesen sowie über die Lebensmittelversorgung übernommen habe.⁶⁵ Er legte die Polizeistunden fest und richtete im »Hotel Petersen« Sprechstunden ein. Auf einer Volksversammlung am 10. November sprach ein Redner aus *Hamburg*. Die Gemeindeversammlung am nächsten Tag forderte vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Legitimation durch den Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat. Aus den Protokollen

62 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 121f.

63 Menapace, Bernhard Michael: »Klein-Moskau wird braun«, in: Busch, Wolf-Michael: »Klein-Moskau« – *Geesthacht* 1919-1933 (Veröff. des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 4), Hamburg 1999, S. 13-38, hier S. 15-19.

64 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 123; Ziehl, August (Hg.), *Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950*, Hamburg 1958, S. 30.

65 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 123; Kroll, Stefan: »Not, Revolten und Revolution. Wirtschaftlicher und politischer Wandel 1918-1921«, in: *Geesthacht. Eine Stadtgeschichte*, hg. von der Stadt *Geesthacht*, 2. Aufl., *Geesthacht* 1993, S. 103-114, hier S. 106-108.

des letzteren geht hervor, dass ein Vertreter aus Geesthacht seit dem 21. November an dessen Sitzungen in Hamburg mit beratender Stimme teilnehmen durfte.⁶⁶ Bereits am 13. November hob der Geesthachter Arbeiter- und Soldatenrat die dortige Gemeindeversammlung auf, da sie während des Krieges kaum wirksam gewesen und noch nach den alten Bestimmungen des Ortsstatuts gewählt worden sei. Der Vorsteher des Lebensmittelamtes und SPD-Gemeindevertreter Rudolf Messerschmidt wurde mit den Gemeindegeschäften betraut.

Am 8. November 1918 erschienen etwa 50 bis 60 Hamburger Soldaten mit roten Fahnen auf zwei Lastwagen in der Stadt *Lauenburg*, befreiten die Gefangenen aus dem Amtsgerichtsgefängnis und verbrannten deren Akten. Das Wachkommando des Lüneburger Dragonerregiments bei der Eisenbahn und an der Elbbrücke wurde entwaffnet und nur einige bewaffnete Posten blieben im Ort zurück.⁶⁷ Am 9. November trat die Arbeiterschaft der Stadt *Lauenburg* in einen Sympathiestreik und veranstaltete einen großen Umzug. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat bildete in der Stadt *Lauenburg* einen dreiköpfigen Arbeiterausschuss. Auch in *Schwarzenbek* regte er die Gründung eines Arbeiterrates an.⁶⁸ Aufgrund der hohen Anzahl von Arbeitern war hier im Süden des Kreises die Politisierung der Bevölkerung weit größer als im Norden.

Zimmermann stellt für den *Kreis Herzogtum Lauenburg* nach drei Tagen Revolution folgende Kernforderungen der dortigen Arbeiter- und Soldatenräte fest: 1. Entwaffnung des Militärs, 2. Befreiung von militärischen und zivilen Gefangenen, um auf Missstände in der Justiz hinzuweisen, und 3. Besetzung wichtiger Posten, um den Nachrichtenverkehr und führende Personen zu kontrollieren, sowie 4. Sicherstellung von Ruhe und Ordnung. Diese Forderungen der Revolutionäre finden sich ähnlich in vielen anderen Kommunen.⁶⁹

3. Etablierung und Widerstände

Den recht plötzlichen Veränderungen der Machtverhältnisse in vielen Kommunen in der ersten Novemberwoche des Jahres 1918 musste nun die konkrete politische Arbeit folgen. Dazu gehörten vorrangig die Stabilisierung der neuen Herrschaft durch die Arbeiter- und Soldatenräte sowie der neuen Macht- und vorhandenen Verwaltungsstrukturen, sodann die Durchsetzung der vielbeschworenen »Ruhe und Ordnung« und vor allem die Versorgung der Bevölkerung. Weitere Probleme wie die Unterbringung zahlreicher von der Front zurückkehrender Soldaten und Maßnahmen gegen die desolate Wirtschaftslage kamen in den folgenden Wochen hinzu. Zugleich galt es, Kontakt zu den politischen Gremien in der Region und bis nach Berlin aufzubauen und zu halten und divergierende politische Ansichten bezüglich der Zukunft Deutschlands mehrheitsfähig zu machen. Noch war das Deutsche Reich keine wie auch immer verfasste Republik, mehr noch: Es gab eine Vielzahl von Gegnern der Veränderungen in den einzelnen Orten, die den Wandel stillschweigend oder durch aktive Opposition ablehnten.

66 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 248, 403.

67 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 499, wie Anm. 61.

68 Ebd., S. 123.

69 Ebd., S. 122.

3.1 Die Kreise Pinneberg und Steinburg

Blicken wir zuerst auf die Entwicklungen in den holsteinischen Kreisen Pinneberg und Steinburg. Der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat, der sich am 7. November zur »Provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein« erklärt hatte, rief an diesem Tag dazu auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu gründen. Sie sollten nicht selbst Verwaltungsfunktionen übernehmen, sondern nur mit den bestehenden Behörden zusammenarbeiten. Auf der anderen Seite forderte am 11. November der Pinnberger Landrat die Angestellten des Kreises auf, weiter zu arbeiten und dabei persönliche Überzeugungen zurückzustellen.⁷⁰ Im Kreis Pinneberg bestanden Mitte November 1918 bereits in vielen Kommunen Räte, ähnlich wird es wohl in anderen Kreisen gewesen sein; vielleicht spielte hier aber auch die Nähe zum Stadtraum Altona-Hamburg eine Rolle. Die Lage war aber so unübersichtlich, dass die Bevölkerung am 19. November vor »falschen« Arbeiter- und Soldatenräten gewarnt wurde, also plündernden Soldaten, die sich den Anschein legitimer Vertreter gaben. Durch die Elmshorner Polizei und den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat fanden deshalb Patrouillen statt.⁷¹ Auffällig ist, wie groß die Mitgliederzahl des in Blankenese gebildeten Sicherheitsdienstes mit 120 Personen war, denn er nahm die Funktion der Polizei wahr. Das Gewaltmonopol ging somit in die Hände von Freiwilligen über. Zugleich erfolgte dort ein Aufruf an die Bevölkerung, bis zum 15. November alle Waffen abzugeben, was mit der Demobilisierung der von der Front zurückkehrenden Soldaten einherging.⁷²

Vordringlich wurden nun die gegenseitige Information und das gemeinsame Vorgehen der lokalen Räte. Am 24. November nahmen die Arbeiter- und Soldatenräte aus Pinneberg, Uetersen, Schenefeld, Quickborn, Schnelsen, Blankenese, Barmstedt und Elmshorn ihre Zusammenarbeit auf. Für die gesamte Provinz Schleswig-Holstein sowie Lübeck und Hamburg fand am 2. Dezember 1918 eine Räteversammlung in Neumünster statt. In einer Entschließung stellten sich die Anwesenden u.a. hinter die Regierung Ebert-Haase und forderten eine baldige Nationalversammlung, »um eine auf breiter demokratischer Grundlage zu schaffende Volksregierung zu ermöglichen«, und bald einen Vorfrieden abzuschließen.⁷³ Im Kreis Pinneberg nahm die Vernetzung der Räte im Dezember weiter zu, den genannten Arbeiter- und Soldatenräten schlossen sich am 15. Dezember weitere aus Garstedt, Lokstedt, Niendorf, Schenefeld, Stellingen, Halstenbek, Wedel-Schulau und Schnelsen an und wählten einen gemeinsamen Vollzugsausschuss.⁷⁴ Die Gründung weiterer Räte wurde – wie im Regierungsbezirk Stade – noch im Dezember angeregt, so forderte der Beigeordnete beim Landrat in Pinneberg am 21. Dezember in einer Zeitungsanzeige auf, dass Bauernräte gegründet werden sollten, sie

70 Druck des Aufrufs in: Kollex (wie Anm. 9), S. 134; zum Folgenden Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 53f.

71 Planer, Gert: Polizei in Elmshorn (Beiträge zur Elmshorner Geschichte 27), Elmshorn 2018, S. 90f.; Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 220.

72 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 60–62.

73 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 299.

74 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 229, 231.

Wahlprotokolle führen und sich melden sollten, damit sie bestätigt und Delegierte für einen Kreisbauernrat am 2. Januar 1919 bestimmt werden könnten.⁷⁵

3.1.1 Itzehoe

Der am 6. November in Itzehoe gewählte Arbeiter- und Soldatenrat sah es in einer Lagebesprechung am folgenden Tag als seine wichtigste Aufgabe an, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennmaterial zu gewährleisten sowie die Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck patrouillierte seit dem 7. November auch hier eine Sicherheitswehr aus ca. 75 Mann durch die Stadt und bewachte den Bahnhof sowie die beiden Proviantämter. An den wichtigsten Straßen wurden für einige Tage MG-Posten aufgestellt. Ein zehnköpfiges Kommando sollte die Polizei bei der Bekämpfung der stark angestiegenen Diebstähle unterstützen. Die drei SPD-Mitglieder im Arbeiter- und Soldatenrat übernahmen die Organisation der Lebensmittelversorgung. In einer Sondersitzung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung am selben Tag informierte der Rat diese über seine Absichten. Anschließend wandte er sich auf dem Marktplatz vor dem Rathaus – auf dem nun die rote Fahne wehte – an die Bevölkerung und bat um Vertrauen und Unterstützung. Seine maßvolle Haltung zeigte sich in der Aussage: »Wir wollen keine russischen Zustände, wir wollen gottgesegneten Frieden und Ruhe.«⁷⁶ Bürgermeister Salomon erklärte, dass sich die städtischen Behörden dem Rat gefügt hätten und nun Ruhe und Ordnung geschaffen werden müssten. Zu diesem Zweck wurden alle Bürger aufgefordert, ihre Waffen abzugeben, und für Jugendliche galt eine nächtliche Ausgangssperre. Wie in anderen Kommunen nahm der Arbeiter- und Soldatenrat fast keine grundsätzlichen Veränderungen in der Stadtverwaltung vor, seine Vertreter beaufsichtigten allerdings die städtischen Gremien und behielten sich ihre Zustimmung vor. Die Stadt- und Kreisverwaltung wiederum verhielt sich abwartend gegenüber der politischen Entwicklung, ignorierte das neue Kontrollorgan möglichst weitgehend und versuchte für eine reibungslose und korrekte Verwaltung zu sorgen. Tatsächlich soll nun die Lebensmittelversorgung besser funktioniert haben; als der Arbeiter- und Soldatenrat allerdings zur besseren Fleischversorgung eine Treibjagd organisierte, protestierten die Förster. Mit Unterstützung der großen Gewerbebetriebe gelang es, die wegen Kohlenmangels drohenden Produktionseinstellungen und Entlassungen abzuwehren; Kohle wurde aus den Marindepots in *Brunsbüttelkoog* herangeschafft. Zustimmung fand eine Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Vorschriften des geltenden Kommunalrechts: Er hob am 15. November den überkommenden Gemeindestatus der im Stadttinneren existierenden *Gemeinde Klosterhof* auf.⁷⁷ Die Zurückhaltung des Itzehoer Bürgertums gegenüber den neuen politischen Gewalten zeigte sich an einem Festumzug am 17. November, an dem nur Garni-

75 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 69.

76 Engel-Baseler (2007): Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik, S. 270.

77 Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 198.

sonstruppen und organisierte Arbeiter teilnahmen. Das Rathaus war aus diesem Anlass mit Tannengrün sowie Porträts von Karl Marx und Friedrich Engels geschmückt.⁷⁸

Im benachbarten *Lägerdorf* mit den großen Zementwerken wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat erst am 15. November auf einer SPD-Versammlung gegründet. Da es dort keine Soldaten gab, wurden einfach zwei seiner Mitglieder zu Soldatenräten ernannt. Als die Legitimität der Wahl in Zweifel gezogen wurde, wurde dem entgegengehalten, dass 200 Bewohner anwesend gewesen seien und man keine früheren »Hurraschreier und Unterjocher der Freiheit« beteiligen wollte.⁷⁹

3.1.2 Wilster (6.11.) und Glückstadt

Zeitversetzt gab es auch in *Wilster* politische Veränderungen, die aber ungewöhnlich verliefen. Auf dem Weg nach *Itzehoe* waren hier am 6. November Matrosen aus *Brunsbüttel* ausgestiegen und hatten Kontakt zu größeren Betrieben aufgenommen, die Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrats scheiterte aber. Am 24. November erfolgte dann eine erneute Initiative in der kleinen Stadt. Der »Zentralausschuss des Bezirks Westholstein der Arbeiter- und Soldatenräte« rief eine Versammlung ein, die von einem SPD-Mitglied aus *Itzehoe* geleitet wurde und einen siebenköpfigen Rat wählte. Dieser erhielt ein Büro im Rathaus, beaufsichtigte und vereinfachte die Verwaltung. Im Dezember organisierte er auch die Demobilisierung und richtete einen in *Itzehoe* vorbereiteten Arbeitsnachweis ein. Am 4. Dezember ersuchten die beiden Bürgervereine dort um Mitwirkung im Arbeiter- und Soldatenrat, was ihnen wohl auch gewährt wurde.⁸⁰ Im Militärstandort *Lockstedter Lager* bestand der Soldatenrat damals aus 26 Mitgliedern. Der Vorsitzende Leutnant Hinrichs stand in engem Kontakt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in *Kiel*, dessen Vertreter Gustav Noske und Lothar Popp er mit Hilfe eines Flugzeuges besuchte; umgekehrt kamen auch Kieler Abgesandte in das Lager. Für den 14. November berief Hinrichs eine Volksversammlung im nahen *Kellinghusen* ein, wo er über den Militarismus und die Außenpolitik vor 1914 sprach und ein Itzehoer Vertreter zur Wahl eines Arbeiter- und Soldatenrates aufrief. Es gab aber Kritik, dass die vom Kellinghusener Bürgermeister geleitete Versammlung nicht dazu legitimiert sei. Die dann erfolgte Wahl eines 13-köpfigen Arbeiterrats am 25. November wurde allerdings auch erst am selben Tag und nur durch Flugblätter in Arbeiterwohngegenden angekündigt. Gleichzeitig tagte der Bürgerverein und ersuchte am »demokratischen Volksstaat« mitzuarbeiten, indem er vier Vertrauensleute in den Arbeiterrat entsandte. Letzterer legte Wert auf Öffentlichkeit seiner Sitzungen und richtete am 4. Dezember ein Wirtschaftsamt an, dass die Arbeitsvermittlung organisieren sollte.⁸¹ Grundsätzlich hatten die Räte in allen Orten ähnliche akute Aufgaben bezüglich der Sicherheit und Versorgung zu bewältigen. Nur in *Glückstadt* kam speziell hinzu, dass die dortigen Strafanstalten

78 Engel-Baseler (2007): *Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik*, S. 271; Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 198.

79 Möller, ebd., S. 215-218.

80 Ebd., S. 198f.

81 Ebd., S. 198-202.

überwacht, die Haftbedingungen überprüft und Häftlinge ggf. entlassen werden mussten. Da für dortige Kriegsgefangene noch die Transportmöglichkeiten in deren Heimat fehlten, erhielten sie Lohnzahlungen. Weiterhin behielt aber der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven hier seinen Einfluss und beließ 31 Mann als Sicherheitstruppe in Glückstadt.⁸²

Am 22. November 1918 trafen sich in Itzehoe 40 Delegierte aus den Kreisen Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg zur »Generalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte für Westholstein«.⁸³ Unter Vorsitz des Itzehoers Rosengarth vereinbarten sie, zusammenzuarbeiten, Sonderinteressen bis zur Wahl der Nationalversammlung zurückzustellen und Richtlinien für ihre Tätigkeit – z.B. das Verfahren bei Hausdurchsuchungen – zu beschließen. Diese wurden am 4. Dezember in der »Glückstädter Fortuna« veröffentlicht. Anfang Dezember bildete sich in Itzehoe ein weiteres Gremium, der »Aktionsausschuss des Kreises Steinburg« der die Kontrolltätigkeiten in den Landgemeinden regeln sollte und sich dem Landrat unterstellte. Dazu gehörte wohl auch, dass seitdem vier Soldaten in *Wewelsfleth* an der Stör stationiert wurden, da von dort mit dem Dampfer ein regelmäßiger Schleichhandel nach Hamburg betrieben wurde. Zu der überörtlichen Kommunikation und Netzworkebildung gehörte es auch, dass der Elmshorner Arbeiter- und Soldatenrat den dortigen Bürgermeister am 28. November aufforderte, die Gemeindevorsteher der Umlanddörfer in das Rathaus einzuladen.

3.2 Politisches Kräfteressen zwischen Cuxhaven und Hamburg

In Cuxhaven wurde der Magistrat im Amt belassen, seit dem 8. November nahmen nun Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats an dessen Sitzungen teil. Seine Mitglieder übernahmen im Laufe des Dezembers diverse Aufgaben in der Stadtverwaltung. Bürgermeister Bleicken nutzte jedoch alle rechtlichen Möglichkeiten, um weiterhin eigenständig Politik betreiben zu können, was dann am 7. Januar 1919 zu seiner Absetzung führte.⁸⁴ Der Arbeiterrat wie auch der Soldatenrat hatten je einen zweiköpfigen Vorstand sowie einen Vollzugsausschuss (Ser-Kommission) und einen Aktionsausschuss (2ier-Kommission) als deren ausführenden Organe.⁸⁵ Die Anordnungen und Maßnahmen der neuen Herrschaftsträger – darunter Volksversammlungen, die Beschlagnahmung aller Waffen am 9. November und der Empfang der zurückkehrenden Frontsoldaten am 9. Dezember – können detailliert in der Cuxhavener Presse verfolgt werden.⁸⁶ Das »Cuxhavener Tageblatt« wurde als wichtiges Kommunikationsorgan am 23. November 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat übernommen und in »Die neue Zeit« (bis 11. Februar 1919) umbenannt.⁸⁷

82 Ebd., S. 205-208.

83 Ebd., S. 218-220.

84 Ebd., S. 148-150.

85 Druck des Organigramms vom 13.12.1918 in: www.cuxpedia.de.

86 Borrmann, Hermann: Sachregister zu den Cuxhavener Zeitungen vom 1.1.1832 bis 31.12.1976 (Veröff. des Archivs der Stadt Cuxhaven Nr. 4), 2. Aufl. Cuxhaven 1976, Bd. 1, Abt. IX, S. 1-3.

87 Bussler, Peter/Schuman, Nik: Militär- und Marinegeschichte Cuxhavens, Cuxhaven 2000, S. 107-108.

Politisch wurde der Arbeiter- und Soldatenrat von linksgerichteten USPD-Mitgliedern dominiert, erst Ende November 1918 gehörte der Vorsitzende der örtlichen SPD, der Buchdrucker Carl Klemet, dem Vorstand an. Der Vorsitzende des Cuxhavener Soldatenrats Karl Baier soll bereits während der Kriegsjahre eine linksgerichtete Gruppe aufgebaut und die Revolution in Russland 1917 begrüßt haben.⁸⁸ Auffällig ist auch, dass aus Cuxhaven nicht nur exponierte einzelne Persönlichkeiten wie Baier nach einigen Wochen in Berlin politisch aktiv wurden, sondern ganze Einheiten wie 700 Matrosen der am 11. November gegründeten Volksmarinedivision gerufen wurden, um die Revolution in der deutschen Hauptstadt zu unterstützen.⁸⁹ Die programmatischen Ideen zu grundsätzlichen Veränderungen gingen im Cuxhavener Rat aber noch weiter und spielten auch in Diskussionen weit außerhalb eine Rolle; so befasste er sich Ende November 1918 mit der Gründung einer Republik Nordwestdeutschland. Im Januar 1919 proklamierte er für sechs Tage eine »Sozialistische Republik Cuxhaven, vier Abgesandte des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats versuchten dann, dies wieder ins richtige Gleise zu bringen«.⁹⁰ Hier deuten sich enge Kontakte zwischen Cuxhaven und dem radikalen Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen an, wo ebenfalls eine Räterepublik ausgerufen wurde.

Für den von Cuxhaven ausgehenden politischen Einfluss elbaufwärts gibt es weitere Beispiele. Der Kreis *Neuhaus an der Oste* blieb Anfang November von den Umbrüchen in Cuxhaven und Otterndorf noch unberührt. Am 17. November verhaftete jedoch eine Gruppe bewaffneter Matrosen aus *Cuxhaven* den dortigen Landrat Knöpfler in seiner Wohnung. Er wurde verdächtigt, eine Bürgerwehr und die bewaffnete Gegenwehr gegen die neuen Verhältnisse zu organisieren sowie an Schiebungen bei der Lebensmittelverteilung beteiligt gewesen zu sein. Es gelang ihm aber, diese Verdächtigungen auszuräumen und er wurde im Amt belassen.⁹¹ Widerstand von Revolutionsgegnern wurde seitens – wohl nicht nur – des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats wiederholt befürchtet. Am 17. November 1918 erschienen Delegierte der Räte aus *Cuxhaven* und *Stade* beim Stader Regierungspräsidenten und warfen ihm vor, dass im Regierungsbezirk gegenrevolutionäre Bürgerräte gebildet würden. Grashoff verlangte Beweise und verbürgte sich für seine Beamten wie auch den Landrat Knöpfler; zugleich regte er an, nicht mit zwei Arbeiter- und Soldatenräten verhandeln zu müssen. Auch sollte zu den zwei vorhandenen ein dritter Vertreter seitens aller Räte im Bezirk gewählt werden, der die Regierungsgeschäfte überwachen könnte. Während Grashoff mit dem Stader und Hamburger Rat gut zusammenarbeitete, beschwerte er sich in einem Schreiben an den Innenminister in Berlin über das schlechte Verhältnis zum Rat in *Cuxhaven*.⁹²

88 Pelc, Ortwin/Baier, Karl, in: Olaf Matthes/Ortwin Pelc: Menschen in der Revolution. Hamburger Porträts 1918/19, Husum 2018, S. 12–15.

89 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 132f.

90 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 591; Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 127–130; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 153–158; Lüken (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 164–170; vgl. Loose, Hans-Dieter: »Groß-Hamburg, Hansestaat oder Republik Niedersachsen. Territoriale Neuordnungspläne in der Revolution 1918/19«, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 66, (1980) S. 95–116.

91 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 176f.

92 Ebd., S. 153–156.

Dieser sandte am 14. November auch ein Schiff nach *Wedel*, um dort einen Arbeiter- und Soldatenrat zu gründen.⁹³

Im Protokoll der Sitzung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. November 1918 wird vermerkt: »Es erhält der Genosse Stürmer,⁹⁴ der Kommandant der ›Augsburg‹, das Wort. Er berichtet, daß er mit mehreren Kameraden von Cuxhaven entsandt sei, um die politische Bewegung zu unterstützen, wenn sie angegriffen werden sollte. Er könne versichern, daß die ganze Marine zum Schutze der guten Sache organisiert sei (Beifall).«⁹⁵ Tatsächlich waren Cuxhavener Marineangehörige mit dem Kreuzer AUGSBURG die Elbe heraufgefahren. Dies darf als beachtlicher symbolischer Akt gewertet werden, zugleich war es durchaus möglich, dass Mannschaftsdienstgrade zur Führung des Schiffes in der Lage waren und auch mit mindestens 200 Mann benötigter Besatzung in *Cuxhaven* genügend Seeleute zur Verfügung standen.⁹⁶ Im Protokoll vom 13. November erklärte der Hamburger Kriegsgerichtsrat der Marine aus *Cuxhaven*, John Ulrich Schroeder, dass er Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrats Niederelbe sei und als solcher dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat beitrete.⁹⁷ Weiter sagte er: »Ca. 15.000 Mann der Marine, verschiedene Kreuzer und Torpedoboote stünden bereit, jederzeit auf Hamburg zu marschieren und könnten, wenn Widerstand entgegengesetzt werde, in drei Stunden hier sein.«⁹⁸ Karl Baier schrieb in seinen 1958 erschienenen Erinnerungen, dass die Cuxhavener mit dieser Aktion den linken Flügel des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats unterstützen wollten; zugleich hätte ein Flugzeug aus *Cuxhaven* – für ein vorgesehenes Luftschiff hätte kein Pilot zur Verfügung gestanden – Flugblätter über Hamburg abgeworfen.⁹⁹ Die Schiffsmannschaft der AUGSBURG soll am 15. November in *Hamburg* auch den Obersten Marinerat der Niederelbe gegründet haben, jedenfalls war der Kommandant des Kreuzers, Willi Stürmer, vom 16. November bis 1. März 1919 dessen Vorsitzender.¹⁰⁰ Die Funktion und Wirkung dieses Marinerates sind bisher kaum bekannt.

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat sah sich in seinen Entscheidungen jedoch auch für *Cuxhaven* als zuständig an, trotz der Eigeninitiativen des dortigen Rates. Wie verhielt es sich aber grundsätzlich mit den übergeordneten Zuständigkeiten in den Revolutionstagen im übrigen Hamburger Umland? Es ist davon auszugehen, dass feste Strukturen in den ersten Wochen der Revolution noch nicht existierten, sich allenfalls

93 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 55.

94 Matthes, Olaf: Wilhelm Stürmer, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 189-191.

95 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 165.

96 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 130f.

97 Merkel, Sebastian: John Ulrich Schroeder, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 172-174.

98 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 188; dazu Baumann, Frederick Seyd: Um den Staat! Hamburg 1924, S. 31, und Schroeder, John Ulrich: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921, S. 16-25.

99 Baier, Karl: »Kreuzer ›Augsburg‹ wird unter roter Flagge von Cuxhaven nach Hamburg geschickt«, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 122-124.

100 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 165 und S. 266.

entwickelten und auch wechselten. Nur mit aller Vorsicht dürfen deshalb Zuständigkeiten und Abhängigkeiten der neuen Gremien abgeleitet werden, nicht nur, weil die Quellen fehlen, sondern auch weil formulierte Ansprüche nicht unbedingt der ausgeübten Realität entsprochen haben müssen. Die Ansprüche und die tatsächliche Wirksamkeit des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats über das *Amt Ritzebüttel* hinaus wurden bereits erwähnt. Er wollte durchaus Unterstützung aus *Hamburg*, beschwerte sich aber am 18. Dezember, dass diese zu gering sei und er deshalb selbstständig handeln müsse.¹⁰¹ Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat diskutierte und beschloss in seiner Sitzung am 18. Dezember 1918 seine örtliche Zuständigkeit. Der Rechtsanwalt Carl Herz hatte Richtlinien dazu ausgearbeitet, die u.a. besagten:

1. Der hamburgische Arbeiter- und Soldatenrat [...] ist Inhaber der politischen Gewalt im Hamburgischen Staatsgebiet. Als solcher unterstehen ihm sämtliche Räte innerhalb dieses Gebietes. Diese örtlichen Räte sind nur Kontrollinstanz für die örtliche Verwaltung. Ein Eingriff in die staatliche Verwaltungstätigkeit, wie z.B. die Rechtspflege, ist ihnen untersagt.¹⁰²

Damit sollten Eigenständigkeiten wie die des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats, der selbständig einen Fischereiinspektor eingesetzt hatte, ausgeschlossen werden.¹⁰³ In einem Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin vom 19. Dezember erklärte der Hamburger Rat, dass er im Stadtstaat Hamburg die politische Gewalt inne habe und zugleich örtliche Kontrollinstanz sei, während im Unterschied dazu in Preußen die Arbeiter- und Soldatenräte nur Kontrollinstanzen der örtlichen Verwaltung seien.¹⁰⁴ Weiter heißt es in der Richtlinie:

2. Innerhalb des preußischen Vorortsgebietes reicht die Zuständigkeit des Rates so weit, als die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter im Rat haben. Der Rat ist aber hier lediglich Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien und ist zu Eingriffen in staatliche Verwaltungstätigkeiten grundsätzlich nicht berechtigt. 3. Wo innerhalb des zu 2 bezeichneten preußischen Vorortsgebietes bereits örtliche Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, erkennt der Rat sie an, gewährt ihnen Schutz und Beistand und erledigt mit ihnen die aus der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit sich ergebenden gemeinsamen Angelegenheiten. 4. Bestehen in einem preußischen Vororte keine Arbeiter- und Soldatenräte, so übt der Rat das Kontrollrecht über die örtliche Verwaltung durch Beigeordnete aus, die aus seiner Mitte zu wählen sind.¹⁰⁵

Diese Richtlinie blieb für das preußische Hamburger Umland bis zum 20. März 1919 in Kraft, als die preußische Landesversammlung das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen beschloss, in *Hamburg* bis zur Annahme der Notverfassung

101 Ebd., S. 403.

102 Ebd., S. 396-398.

103 Ebd., S. 402-403.

104 Ebd., S. 396, Anm. 2.

105 Gedruckt auch in: Lamp'l, Walther: Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921, S. 52.

vom 26. März 1919.¹⁰⁶ Wie weit der politische Einfluss des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats reichte, zeigte sich, als er am 18. November den langjährigen Wandsbeker Landrat Joachim Bonin und am 22. November den Pinneberger Landrat Scheiff absetzte, dem die Vernachlässigung der Versorgung der Bevölkerung vorgeworfen wurde.¹⁰⁷ Die Posten anderer Verwaltungsbeamten waren ebenfalls nicht sicher, so setzte er z.B. den Amtssekretär in *Alt-Rahlstedt* und den Bürovorsteher des Gemeindeamtes in *Sande* ab.¹⁰⁸

In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 18. November wurde auch angemerkt, dass Soldatenräte nur in Garnisonsorten gegründet werden sollten und man sich im Einzelfall die Anerkennung örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte vorbehalten wolle. *Cuxhaven*, *Geesthacht* und *Bergedorf* sollten jedenfalls ein Sitzrecht im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. Tatsächlich gab es auf hamburgischem Staatsgebiet in verschiedenen Stadtteilen und Institutionen eine bisher unbekannte Zahl von Arbeiterräten und Soldatenräten; Lamp'l erwähnt, dass die gemeinsame Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg rund 350 Personen umfasste.¹⁰⁹

Der *Stader* Arbeiter- und Soldatenrat verkündete als erste Maßnahme am 14. November den 8-Stunden-Tag sowie Mindestlöhne, musste diese Verordnungen aber nach zwei Tagen zurücknehmen, da dies den Gewerkschaften vorbehalten sein sollte. Die politische Entwicklung im Großraum Hamburg wird dabei den *Stader* Raum durchaus beeinflusst haben, denn auf Versammlungen im Dezember 1918 in Dörfern des *Stader* Umlandes traten wiederholt Redner und Rednerinnen aus *Hamburg* und *Harburg* auf.¹¹⁰ In einzelnen Landkreisen des Regierungsbezirks *Stade* bildeten sich wie in Westholstein zentrale Vereinigungen von Arbeiter- und Soldatenräten.¹¹¹

3.3 Herrschaftsmodelle: Harburg, Winsen, Lüneburg

In *Harburg* existierte in den ersten Novemberwochen ein ähnliches Herrschaftsmodell wie in vielen anderen Kommunen: Die politische Macht hatte der Arbeiter- und Soldatenrat, der verschiedene Kommissionen bildete. Der Magistrat und der Landrat wurden in ihren Ämtern belassen, erhielten aber kontrollierende Beigeordnete. Die städtischen Gremien tagten erstmals wieder am 6. Dezember. Es gibt Indizien, dass die Zusammenarbeit in den Gremien nicht immer reibungslos verlief bzw. eigenständige

106 Ebd., S. 53.

107 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 234, 996f; zu Bonin: Günther, Barbara (Hg.): Stormarn Lexikon, Neumünster 2003, S. 71-72; zu Scheiff: Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 232-237, 240-243.

108 Perrey (1993): Stormarns preußische Jahre, S. 176.

109 Lamp'l, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921, S. 131.

110 Bohmbach (1994): Stade in der Weimarer Republik, S. 420.

111 Heinrichs, Ute (Bearb.): Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung H. 46, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover, T. 2: Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade), Göttingen 1988, S. 199, Nr. 812 nennt die Protokolle eines Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte vom 7.1.-22.2.1919, S. 201 Nr. 820.

Bestrebungen existierten: Oberbürgermeister Heinrich Denicke veröffentlichte neben dem Arbeiter- und Soldatenrat eigene Anordnungen und der Soldatenrat ließ wieder das Tragen von Rangabzeichen für Offiziere und Mannschaften zu.¹¹² In einer etwas ungewöhnlichen Zeitungsanzeige vom 12. November bat eine bunt gemischte Gruppe Harburger Honoratioren aus dem Bürgertum, Industrielle und Kaufleute, um Unterstützung für den Arbeiter- und Soldatenrat.¹¹³

Auf Volksversammlungen, Plakaten und in den Zeitungen wurde in den folgenden Wochen seitens des Arbeiter- und Soldatenrats, der aus Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften bestand, zu den aktuellen politischen Entwicklungen Stellung genommen, insbesondere sein Machtanspruch und die Durchsetzung demokratischer Rechtsverhältnisse formuliert. Dabei sah sich der Rat als Provisorium bis zur Wahl einer Volksvertretung. Seine Hauptaufgaben waren auch in *Harburg* die Versorgung der Bevölkerung – wozu auch die Beschlagnahme illegaler Lebensmittellager gehörte – und die Eingliederung entlassener Soldaten. Für den 21. November verkündete er die Einführung des 8-Stunden Tags für Harburg.¹¹⁴ Die politischen Veränderungen hatten auch in *Harburg* Reaktionen des Bürgertums zur Folge. Am 18. November 1918 gründeten Vertreter verschiedener Wirtschafts- und Standesvereinigungen einen Bürgerrat, der in der Stadt mitwirken wollte. Bereits zwei Tage zuvor gründete sich in *Wilhelmsburg* im Ratskeller ein Bauernrat. Ein Vertreter des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats war dabei und forderte eine Zusammenarbeit bei der Lebensmittelversorgung. Auch in Harburg gab es einen Bauernrat, seit dem 20. November auch im Landkreis.¹¹⁵

Der Harburger Arbeiter- und Soldatenrat gab seine Verlautbarungen mit dem Zusatz »von Harburg und Umgebung« heraus, denn er sah seine Zuständigkeit auch im Landkreis Harburg. Ab und zu wurde er dort auch tätig, z.B. als in *Eddelsen* drei Soldaten unberechtigt in das Haus des Gemeindevorstehers eindringen und die Gendarmen verhaften wollten. Sie wurden dem Harburger Arbeiter- und Soldatenrat überstellt und es wurde verfügt, dass Haussuchungen nur in Anwesenheit der Gendarmerie oder von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats durchgeführt werden durften.¹¹⁶ Eine Kreiskonferenz aller Räte wählte dann am 28. Dezember 1918 einen Arbeiter- und Soldatenrat für den *Landkreis Harburg*.¹¹⁷

In *Winsen* bildete sich als bürgerliche Reaktion auf die politischen Veränderungen aufgrund einer Initiative des Winsener Bürgervereins am 16. November 1918 in Stallbaums Gasthaus ein Bürgerrat, dem der Volksschulrektor, ein Geflügelhändler, ein Mühlenbaumeister und ein Druckereibesitzer angehörten. Dieser Rat wollte die Interessen des gewerblichen Mittelstands sowie der Angestellten und Beamten vertreten. Am 20. November folgte die Gründung eines Bauernrats, in dem zu gleichen Teilen

112 Ebd., S. 16.

113 Harburger Anzeigen und Nachrichten vom 12.11.1918; vgl. Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 22-24.

114 Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 19-20, 25.

115 Ebd., S. 14, 26.

116 Ebd., S. 22.

117 Ebd., S. 22.

Abbauern (ohne eigenes Land) und Hofbesitzer vertreten waren. In gemeinsamen Sitzungen versuchten alle Räte zu kooperieren und vor allem den Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel sowie die seit Wochen grassierende Grippewelle zu bekämpfen. Seit dem 13. Dezember wurde der Verkauf von Pferdefleisch streng rationiert.¹¹⁸ Am 23. November gab der Winsener Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, dass nun alle Behörden in Stadt und Kreis der *neuen Exekutive* unterstehen würden. Am 23. Dezember wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt, vor allem für gewerbliche und industrielle Betriebe und auch für Lehrlinge.

In *Lüneburg* legte der Arbeiter- und Soldatenrat Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Magistrat und der SPD und betonte seine Loyalität zur Regierung; allzu revolutionär oder nach dem Wunsch nach einer neuen Staatsform klang das nicht.¹¹⁹ Ungewöhnlich war allerdings, dass er sogleich ein neues Stadtparlament wählen lassen wollte, er gab diese Idee jedoch schon am 14. November wieder auf. Je ein Vertreter der SPD und der Gewerkschaften nahm aber an den Magistratssitzungen teil. In den Novemberwochen folgten gemeinsame Sitzungen von Arbeiterrat, Soldatenrat, Magistrat, Gewerkschaften, SPD-Orts- und Kreisverein sowie Betriebsarbeitersausschüssen, bei denen es vor allem um die Ernährungslage ging. Am 17. November gab es eine Kundgebung auf dem Lüneburger Marktplatz, einberufen vom Arbeiter- und Soldatenrat und mit dem Redner Zülke, dem sozialdemokratischen Lokalredakteur des Harburger »Volksboten«, vielleicht ein Hinweis, woher der politische Einfluss in Lüneburg kam. Rother meint deshalb, dass die Lüneburger Sozialdemokraten keine Revolution wollten, was von ihren Wählern bei den Wahlen im Frühjahr 1919 honoriert wurde.¹²⁰ Am 18. November richtete der Lüneburger Rat ein Standgericht mit drakonischen Strafen ein. Diese Aneignung der Gerichtsgewalt rief aber sofort den Protest der dortigen Rechtsanwälte hervor; das Standgericht wurde schließlich am 20. Dezember aufgehoben. Das Lüneburger Bürgertum reagierte auf die Umbrüche im Reich und in der Stadt mit einer Mischung aus Verständnis und Abwarten; wie in anderen Städten bildeten sich Interessenvertretungen einzelner Berufsgruppen. Der neu gegründete Beamtenrat, der Angestelltenrat und der Lehrerrat erhielten am 20. Dezember Stimmrechte im Arbeiter- und Soldatenrat. Ein »Ausschuss« der Offiziere, ein Bürgerrat und ein Bauernrat vereinbarten ihr gemeinsames Vorgehen und besprachen mit den örtlichen Frauenverbänden die kommenden Wahlen.

3.4 Herrschaftsvielfalt

Für die Kreise *Stormarn* und *Herzogtum Lauenburg* ist oft nicht bekannt, ob und wann in einzelnen Orten politische Veränderungen stattfanden; spärliche Informationen zeigen, dass sie mitunter erst nach der Novemberrunde erfolgten. In Bargtheide verkündete ein undatiertes Flugblatt: »Die Arbeiterschaft zu Bargtheide beschloß einstimmig in der Volksversammlung am 19.11.18 das alte Regime zu Bargtheide u. Umgehend abzuschaffen und eine neue Verwaltung auf Grund der jetzigen Zeit, die Leitung

118 Ebd., S. 17.

119 Zum Folgenden: Rother (2018): Lüneburg 1918/19, S. 355–366.

120 Ebd., S. 381.

des Volkes selbst zu übertragen. Es wurde eine allgemeine Volksvertretung gewählt und die Geschäfte eines Arbeiters- [sic!] u. Soldatenrates übertragen.«¹²¹ Der Amtsvorsteher durfte unter Aufsicht weiterarbeiten.

Abbildung 4: Flugblatt zur Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats in Bargteheide



Nach dem 19.11.1918. ©Stadtarchiv Bargteheide.

In den Protokollen der Gemeindeversammlung von Kirchsteinbek wurde am 26. November 1918 kurz vermerkt: »Tagesordnung: Eintritt des Arbeiterrates in die Vertretung. Zu 1 der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, die in den Arbeiterrat der Gemeinde Kirchsteinbek gewählten Herren in die Gemeindevertretung aufzunehmen«.¹²² Immerhin kann daraus geschlossen werden, dass es in Kirchsteinbek einen Arbeiter- rat gab und es scheint – wenn man dem Protokoll glaubt –, dass dessen Mitwirkung

121 Stadtarchiv Bargteheide; Abb. in Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 100.

122 Staatsarchiv Hamburg, 423-3/C3. Ich danke Klaus-Dieter Redweik für diesen Hinweis.

damals reibungslos akzeptiert wurde. Mitunter gibt es Hinweise auf die inhaltliche Arbeit in einzelnen Orten. In Wellingsbüttel z.B. beriet am 16. November ein Gremium des Arbeiter- und Soldatenrats mit Vertretern des Dorfes und des Gutes über die Beschaffung von Wohnraum und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Einen Monat später beschloss es – die damals noch unrealistische – Eingemeindung nach Hamburg.¹²³

In Geesthacht wurde in den Debatten während des Novembers im nur provisorisch ernannten 17-köpfigen Gemeinderat deutlich, dass die USPD die politische Richtung angab. Der Vertreter des Geesthachter Arbeiter- und Soldatenrats, der Korbmacher August Ziehl, musste sich in Hamburg am 28. November rechtfertigen, warum der Gemeinderat nicht paritätisch besetzt sei;¹²⁴ Ziehl warf darauf den SPD-Mitgliedern vor, sie hätten sich erst seit dem 13. November für politische Veränderungen eingesetzt, während alle anderen seit den ersten Tagen der Revolution mitgemacht hätten. Nach heftiger Debatte im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat empfahl dieser, dass SPD und USPD in Geesthacht zusammenarbeiten sollten.¹²⁵

In der Stadt Lauenburg gerieten Ende November 1918 der 15-köpfige Arbeiter- und Soldatenrat und die Behörden der Stadt in einen Konflikt, nicht zuletzt, weil hier auch radikalere USPD-Mitglieder das Sagen hatten. Unterstützt von einem Vertreter des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats erklärten sie am 29. November Magistrat und Stadtverordnete für abgesetzt, ließen aber den Bürgermeister die Amtsgeschäfte weiterführen.¹²⁶ In dem folgenden Durcheinander zeigte sich, dass die verschiedenen alten und neuen Instanzen in Kommune, Landkreis und Provinz in einem Kompetenzstreit, wenn nicht sogar Machtkampf miteinander lagen, bei dem durchsetzungsfähige Arbeiter- und Soldatenräte vor Ort die Richtung angeben konnten. Seitens des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats sollte dann eine Justizkommission beraten, ob die Absetzung der städtischen Gremien in Lauenburg rechtens war, aber auch, ob er überhaupt dafür zuständig sei. Bereits am 10. Dezember wurden Magistrat und Stadtverordnete wieder eingesetzt.¹²⁷

Am 8. November nahm der Landrat des Kreises mit dem Ratzeburger Soldatenrat Verbindung auf; es wurden tägliche Treffen vereinbart, die am 9. November begannen, am selben Tag, als in der Provinz eine provisorische Regierung gebildet wurde. Ebenfalls an diesem Tag wies der Oberpräsident die schleswig-holsteinischen Landräte an, weiter zu arbeiten sowie Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; dahinter steckte wohl die Überlegung, die alten Strukturen und Netzwerke intakt zu halten und allmählich die Kontrolle über die Bewegung zu bekommen. Tatsächlich hatten die Arbeiter- und Soldatenräte nur wenige Kenntnisse über die Machtstrukturen in Preußen bzw. der Provinz, in der die kommunalen Herrschaftsträger eine untergeordnete Rolle spielten.¹²⁸ Die mächtigen Landräte wurden erst nach einem Monat kontrolliert, die ihnen durch die

123 Fiege (1982): Geschichte Wellingsbüttels, S. 111.

124 Pelc, Ortwin: August Ziehl, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 201-203.

125 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 287-288; Kroll (1993): Not, Revolten und Revolution, S. 107; vgl. ebenso persönliche Erinnerungen von Ziehl, in: ders. (Hg.), Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950, Hamburg 1958, S. 30-31.

126 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 129-130.

127 Ebd., S. 129; Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 346.

128 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 131-133.

Arbeiter- und Soldatenräte zugewiesenen Beigeordneten waren dabei in ihren Forderungen maßvoll und hatten kaum Einfluss. Beim Landrat in Lauenburg kam es z.B. zu einem Streit um die Nutzung der Landratsdienststempel. Am Jahresende 1918 war der Kreis Lauenburg in sieben Zuständigkeitsbezirke der Arbeiter- und Soldatenräte unterteilt: Ratzeburg, Mölln, Büchen, Lauenburg, Schwarzenbek, Grünhof und Besenhorst.¹²⁹ Erst fünf Wochen nach der Revolution wurde ein Kreisarbeiterrat gegründet, der dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat unterstand.¹³⁰

Wie in anderen Landkreisen, so bildeten sich auch im Kreis Herzogtum Lauenburg bereits wenige Tage nach dem politischen Umbruch Anfang November 1918 eine bürgerliche Antirätebewegung. Zwischen dem 16. und 20. November entstanden hier u.a. Bürger-, Lehrer-, Angestellten- und Bauernräte.¹³¹ Im Einzelfall hatten sie durchaus das Ziel, mit den Arbeiter- und Soldatenräten zusammenzuarbeiten – wir haben es bereits an den Beispielen Wilhelmsburg, Winsen oder Lüneburg gesehen –, grundsätzlich wollten sie aber die Interessen ihrer Klientel aus dem etablierten Mittelstand verteidigen und gegenüber den neuen politischen Gewalten durchsetzen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven erlaubte zwar die Gründung von Bauern- und Landarbeiterräten, nicht aber Bürgerräte: In Altenbruch verbot er Ende November 1918 einen solchen mit der Begründung, es gäbe nun keine Bürger mehr. Als dann der Arbeiter- und Soldatenrat 1919 keine politische Rolle mehr in Cuxhaven spielte, taten sich rechtsgerichtete Bürger am 31. Mai in einem Bürgerrat zusammen.¹³²

3.5 Bauernräte

Die konservativen Landwirtschaftsverbände im »Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft« veranlassten den Rat der Volksbeauftragten in Berlin, am 12. November 1918 zur Gründung von Bauernräten aufzurufen. Der Kriegsausschuss wollte damit die Entwicklung auf dem Land beeinflussen und gewerkschaftliche Einflüsse verhindern, dem Rat der Volksbeauftragten lag zugleich an einem guten Verhältnis zu den traditionellen Agrarverbänden.¹³³ Am 22. November regelte die Reichsregierung die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten, als auf lokaler Ebene schon zahlreiche gegründet worden waren. In Berlin wurde Anfang Dezember 1918 der Zentrale Bauern- und Landarbeiterrat mit dem deutschkonservativen Paul Mehnert und dem DNVP-Mitgründer Franz Behrens an der Spitze eingerichtet.¹³⁴

129 Ebd., S. 125f. (Karte).

130 Ebd., S. 127.

131 Zimmermann, Hansjörg: »Zur Bedeutung und Chronologie der Antirätebewegung 1918/19, dargestellt am Beispiel des Kreises Herzogtum Lauenburg«, in: Die Heimat 83, 1976, S. 169-176, und Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 143.

132 Lünen (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 158; Borrmann (1976): Sachregister zu den Cuxhavener Zeitungen vom 1.1.1832 bis 31.12.1976, Abt. IX, S. 4.

133 Heinrichs, Ute: »Bauern- und Landarbeiterräte in der Novemberrevolution 1918 im Regierungsbezirk Stade«, in: Stader Jahrbuch 78, 1988, S. 88-99, hier S. 91-92.

134 Vgl. Muth, Heinrich: »Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21, H. 1, 1973, S. 1-38.

Die Bauern- und Landarbeiterräte sollten die örtlichen Behörden bei der Erfassung und Ablieferung von Lebensmitteln, der Bekämpfung des Schleichhandels sowie der Steigerung von Anbau und Viehzucht unterstützen. In Schwarzenbek im Kreis Herzogtum Lauenburg bemängelte ein Mitglied des örtlichen Soldatenrates auf einer Versammlung am 22. November 1918, dass er nicht das Vertrauen des Arbeiter- und Soldatenrates habe, »weil er in den Bahnen des alten Systems segle«.¹³⁵ Bezeichnend ist, dass ein Gutsbesitzer Vorsitzender des dortigen Bauernrats wurde. Bauernräte werden auch im Kreis Stormarn¹³⁶ und im Kreis Pinneberg erwähnt. In letzterem existierten im Februar 1919 immerhin 48.¹³⁷ Die Überlieferung dieser agrarisch orientierten Räte ist schlecht, es gibt für sie bisher nur für den Regierungsbezirk Stade eine eingehendere Untersuchung.¹³⁸ Demnach rief der Landrat von Stade am 14. November die Flecken- und Gemeindevorsteher zur Gründung von Bauern- und Arbeiterräten auf, die aus zwei bis fünf Mitgliedern bestehen sollten. Wahlberechtigt waren alle Frauen und Männer ab 20 Jahren.¹³⁹ Zu diesem Zeitpunkt gab es in Jork bereits einen Arbeiter- und Bauernrat für das Alte Land, der aus 56 Personen bestand. Ihm gehörten u.a. 16 Landarbeiter und Schiffer, elf Handwerker, neun Landwirte und Hofbesitzer, fünf Frauen – davon zwei Pastorenfrauen –, fünf Lehrer, vier Gemeindevorsteher, zwei Gastwirte, ein Pastor, ein Redakteur und ein Postsekretär an. Bezeichnend ist auch, dass die erste Sitzung dieses Rates am 19. November vom Landrat geleitet wurde. Ähnliche Räte wurden von Grundbesitzern, Bauern, Handwerksmeistern, Pastoren und Lehrern dominiert, also gesellschaftlichen Gruppen, die nicht unbedingt eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebten.¹⁴⁰ Sie befassten sich folglich vorrangig mit der Integration zurückkehrender Soldaten, der Lebensmittelversorgung und den landwirtschaftlichen Löhnen und wollten nicht politisch tätig werden.¹⁴¹ Darüber gerieten sie im Januar 1919 in Konflikt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Stade, dem sie zugeordnet waren. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 hielten einige Arbeiter- und Bauernräte ihre weitere Existenz für überflüssig, andere gaben sich eine neue Struktur. Im Kreis Stade kann bei ihnen keine ausgesprochen antisozialistische Einstellung festgestellt werden, sie waren aber bemüht, sich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken und die bestehenden Verhältnisse zu konservieren, insofern verhinderten sie das Eindringen revolutionärer Ideen auf dem Land.¹⁴² Der Stader Landrat Cornelsen, der im November zur Gründung von Bauernräten aufgerufen hatte, bezeichnete diese im Februar 1919 explizit als »Bollwerke gegen den Bolschewismus«.¹⁴³

135 Zimmermann (1976): Zur Bedeutung und Chronologie der Antirätebewegung 1918/19, S. 170.

136 Günther (2003): Stormarn Lexikon, S. 37.

137 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 237–238.

138 Vgl. zum Folgenden Heinrichs (1988): Bauern- und Landarbeiterräte.

139 Zum Wahlverfahren: Bei der Wieden, Brage/Lokers, Jan: Fremdbestimmung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung. Bürger und Politik in der Geschichte des Landkreises Stade und seiner kommunalen Selbstverwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stade 1999, S. 137.

140 Ebd., S. 138f.

141 Ebd., S. 92–93.

142 Ebd., S. 98–99.

143 Fiedler (2018): Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren, S. 16, 18.

Auch andere Berufsgruppen organisierten sich in der damals fortschrittlich wirkenden Form von »Räten«, um ihre Ansprüche in den schwierigen und sich offensichtlich rasch wandelnden Zeiten zu artikulieren. Die meist kaisertreuen Verwaltungsangehörigen gründeten vor allem in den Städten Beamtenräte. In Hamburg wählte am 17. November eine Versammlung der Beamten einschließlich der Lehrer auch aus Harburg, Altona, Wandsbek und Bergedorf einen 22-köpfigen Beamtenrat, am selben Tag, an dem auch der Regierungspräsident in Stade einen Beamtenrat für seine Mitarbeiter einrichtete, welcher dann am 10. Dezember einen Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat von Stade entsandte. Beim Regierungspräsidenten in Lüneburg geschah diese Gründung bereits am 15. November.¹⁴⁴

4. Ergebnisse und Ausblick

Nach dem Beginn der Revolution am 4. November 1918 in Kiel verbreiteten sich die revolutionären politischen Aktivitäten rasch in Norddeutschland. Innerhalb von nur einer Woche wurden seit dem 5. November in zahlreichen Städten und Dörfern Arbeiter- und auch Soldatenräte gegründet. Im Norden der Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg ging diese Bewegung von Lübeck aus, im Kreis Steinburg vom Marinestandort Brunsbüttel. Von Cuxhaven aus initiierten revolutionäre Matrosen politische Veränderungen in Glückstadt und Wedel, versuchten ihren Einfluss aber auch nach Stade und bis nach Hamburg auszudehnen, wobei sie mit den in diesem Raum bereits gegründeten Räten in Konflikt gerieten. In Ratzeburg und Mölln scheint die Gründung spontan vor Ort erfolgt zu sein. Im sonstigen Hamburger Umland bis nach Stade, Lüneburg, Geesthacht, Lauenburg und Schwarzenbek waren Soldaten, Matrosen oder Delegierte aus Hamburg aktiv. Soweit die politische Ausrichtung der einzelnen Arbeiter- und Soldatenräte festzustellen ist, gehörten ihnen in den beiden Hamburger Exklaven, im großen Marinestadtort Cuxhaven sowie im Industriestandort Geesthacht, aber auch in einzelnen kleinen Kommunen wie dem stormarnschen Bramfeld radikale Linke an. In der Regel gingen die Veränderungen von Matrosen und Soldaten aus, denen kurz darauf Arbeiter folgten. Dabei waren die Marineangehörigen in ihren Forderungen radikaler als die Landstreitkräfte, wohl weil viele von ihnen aus der Industriearbeiterschaft stammten, gewerkschaftlich organisiert waren und vor 1914 der SPD angehörten bzw. nun mit der USPD sympathisierten.¹⁴⁵ Ansonsten spielten die spezifischen lokalen Verhältnisse eine Rolle, insbesondere wie aktiv die dortige Arbeiterbewegung war. Der SPD gelang es erst allmählich, Einfluss zu gewinnen und sie versuchte, die neuen politischen Bewegungen unter ihre Kontrolle zu bringen. So spielten SPD-Mitglieder in den kommunalen

144 Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 28), Hamburg 1992, S. 146f; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 152f.

145 Schröder, Ulrich: »Arbeiter- und Soldatenräte in Nordwestdeutschland 1918/19 – ein Vergleich«, in: Jahrbuch für den Landkreis Verden 2019, S. 185-210, hier S. 189f.; vgl. ders.: Arbeiter- und Soldatenräte im Raum Bremen. Ein Vergleich, in: Bremische Bürgerschaft/Staatsarchiv Bremen (Hg.): Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19. Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang (Schriften des Staatsarchivs Bremen 60), Bremen 2019, S. 64-75.

len Gremien oder den Arbeiter- und Soldatenräten von Altona, Blankenese, Pinneberg, Glückstadt, Itzehoe, Lägerdorf, Stade, Buxtehude, Harburg, Winsen und Lüneburg eine Rolle; in Geesthacht wurden sie anfangs aktiv aus dem Arbeiter- und Soldatenrat herausgehalten. Die Rolle der Gewerkschaften bleibt dabei unklar. Allein in Mölln wurde der Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November 1918 durch einen Gewerkschaftssekretär initiiert und in Harburg sowie Lüneburg gehörten Gewerkschaftsvertreter den Räten an. Auch wenn es wie in den Kreisen Pinneberg und Steinburg beeindruckend viele Räte in den einzelnen Kommunen gab und diese sich ab Ende November auch regional vernetzten, so sind auch Sonderfälle feststellbar, wie die auf obrigkeitliche Anordnung erfolgte Gründung in Blankenese, die eher zufällige in Glückstadt und die verspätete in Wilster. Dabei stellten schon die Zeitgenossen die demokratische Legitimierung einzelner Räte in Frage, wenn die Wahlversammlungen wie in Kellinghusen nicht öffentlich angekündigt wurden, unter Ausschluss von Teilen der Bevölkerung stattfanden oder es sich mehr um »Ernennungen« handelte, wie in Blankenese, Lägerdorf oder Geesthacht. Darüber hinaus scheinen in nur wenigen der hier untersuchten Orte Frauen an den politischen Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein, sie werden nur in Ahrensburg und im Arbeiter- und Bauernrat in Jork erwähnt.¹⁴⁶ Allerdings engagierten sich Frauen dann im Wahlkampf zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919; so veranstaltete z.B. der Frauenverein in Bergedorf am 23. November 1918 eine Versammlung zu den staatsbürgerlichen Pflichten der Frauen und die Leiterin der dortigen Luisenschule Erna Martens hielt im Dezember vier Vorträge zum Wahlrecht.¹⁴⁷

Widerstände seitens des Militärs in den unmittelbaren Revolutionstagen gab es kaum, aus dem Untersuchungsraum sind nur ein Schusswechsel an der Altona-Hamburger Grenze am 6. November und eine kurzzeitige Besetzung der Elbbrücken durch Harburger Soldaten bekannt. In den Militärstandorten organisierten einige befehlshabende Offiziere Abwehrmaßnahmen, ansonsten stellten sich die Soldaten auf die Seite der Revolutionäre oder verhielten sich zumindest passiv. Noch weitgehend unbekannt ist die Reaktion der ab Dezember 1918 von der Front, aus Gefangenschaft und Lazaretten zurückkehrenden Soldaten, die nicht unmittelbar an den Revolutionsereignissen beteiligt waren.

Von Ort zu Ort unterschiedlich waren die Reaktionen in Verwaltung und Beamten-schaft sowie im Bürgertum insgesamt, sie reichten von gezielter Ablehnung im Einzelfall bis zu verbreiteter Akzeptanz und pragmatischer Zusammenarbeit, die wohl eher eine abwartende Position verbarg. Aktive Unterstützung der Revolution wie durch den Cuxhavener Kriegsgerichtsrat Schroeder war die Ausnahme. Einzelne exponierte Verwaltungsbeamte in den Kommunen wurden zwar im Verlauf der Revolution ihrer Ämter enthoben, in der Regel beließen die neuen Herrschaftsträger aber die Personen, Behörden und Strukturen aus der Zeit des Kaiserreichs und übten nur durch Beigeordnete eine meist oberflächliche Kontrolle aus. Bereits wenige Tage nach den revolutionären Ereignissen bildeten sich als Räte deklarierte Interessenvertretungen einzelner

146 Zur Beteiligung von Frauen in Hamburg: Stalman (2018): Die Revolution von 1918/19 in Hamburg, S. 136f.

147 Bergedorfer Zeitung vom 18. und 22.12.1918, s. Reinert, Bernd: Der Kampf um die Stimmen der Frauen, in: <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf/-abgerufen> am 20.8.2021.

– vor allem bürgerlicher – Berufsgruppen in den Städten und auf dem Land, wo diese Entwicklung allerdings auf regierungsseitigen Anregungen beruhte. Sie waren teils bereit, mit den Arbeiter- und Soldatenräten zusammenzuarbeiten, erhielten in ihnen auch Stimmrechte, standen großenteils aber in Opposition zu ihnen.

Die Verbreitung der revolutionären Bewegung und damit nicht zuletzt ihr Erfolg hingen eng mit den damaligen Kommunikationsmöglichkeiten zusammen, also den Verkehrsmitteln Eisenbahn, Automobil und auch Schiff, die alle im Raum nördlich und südlich der Elbe von den Revolutionären genutzt wurden. Zugleich waren Telefon und Telegraf – auch in den Militärstandorten – wichtig für die schnelle Nachrichtenverbreitung.¹⁴⁸ Neben öffentlichen Versammlungen waren zudem vor allem Zeitungen und Flugblätter einflussreich für die Informationsvermittlung. In einzelnen Orten wie in Hamburg oder Cuxhaven übernahmen die Revolutionäre lokale Zeitungen für ihre Verlautbarungen, nutzten ansonsten die bürgerlichen Presseorgane, wichtig blieben aber nach wie vor öffentliche Versammlungen. Dabei finden sich in ihren Verlautbarungen weniger politische Forderungen als das Bemühen um die Versorgung der Bevölkerung sowie um »Ruhe und Ordnung«, ein immer wieder formuliertes Bedürfnis. Die neuen Herrschaftsträger mussten sich in der entstehenden demokratischen Streitkultur vor dem Hintergrund der desolaten wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt auch mentalen Zustände auch der Kritik stellen. Die zwei bürgerlichen Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat von Schwarzenbek, dessen Gründung von Hamburg aus angeregt worden war, plädierten explizit für eine Abkehr von der Politik und ersuchten um keine weiteren Diskussionen über die Ursachen des Zusammenbruchs, stattdessen sollte allein über lokale Sachfragen befunden werden.¹⁴⁹

Eine Typologisierung der untersuchten Arbeiter- und Soldatenräte ist aufgrund der Quellenlage schwierig, denn ihre Zusammensetzung variierte von Ort zu Ort nach Herkunft, Berufen, Zahl und vorangegangenen politischem Engagement der Mitglieder.¹⁵⁰ Oft agierten sie auch getrennt oder in dörflichen Kommunen mit Bauern und Landarbeitern zusammen, das schloss auch die Nähe zu den bisherigen lokalen Herrschaftsträgern nicht aus. Ihr programmatisches Selbstverständnis reichte von radikaler Veränderung bis zu moderater Mitbestimmung, was sich in deren Forderungen und Aktivitäten äußerte. Sie hatten den Anspruch, demokratische Veränderungen durchzusetzen, zugleich aber auch die allgemeine Not zu beheben, für Sicherheit zu sorgen und die noch bestehende Verwaltung aus dem Kaiserreich zu kontrollieren. Im Einzelfall kam es zum Versuch, die politischen Verhältnisse radikal zu ändern, wie in der Räterepublik Cuxhaven, die im Januar 1919 nur sieben Tage Bestand hatte. Ein ähnlicher Versuch in dieser Zeit in Bremen scheiterte blutig, beeinflusste aber stark die politische Entwick-

148 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 131f; vgl. Weipert, Axel: »Die Novemberrevolution als mediales Ereignis. Das Beispiel Rostock«, in: Zeitgeschichte regional 22, H. 2, 2018, S. 5–23.

149 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 127.

150 Zu den Räten vgl. grundsätzlich Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 1975, darin deren lokale Verbreitung S. 48–51, 57–62; Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt a.M. u.a. 1978; Arnold, Volker: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution, 2. Aufl. Hamburg 1985.

lung auch im Hamburger Umland.¹⁵¹ Bei den demokratischen Wahlen im Frühjahr 1919 zeigte sich in den meisten Orten, dass die gemäßigte Haltung der SPD den Zuspruch oft der Hälfte der Wähler bekam.¹⁵² Die Arbeiter- und Soldatenräte sahen sich als vorübergehende Institution an, die mit der Demokratisierung der Gesellschaft überflüssig würde. Wenn sie noch über die Wahlen im Frühjahr 1919 hinaus als Arbeiterräte fortbestanden – im Kreis Pinneberg gab es im März 1920 immerhin noch 19 und im Kreis Stormarn 1920 noch 25¹⁵³ –, dann übernahmen sie in der Regel Funktionen im Wirtschafts- und Sozialbereich.

Hier wurde die politische Entwicklung im November und Dezember 1918 in nur einer Auswahl von Kommunen im Hamburger Umland betrachtet. Dabei wurde deutlich, in welcher zeitlichen Abfolge die Ereignisse erfolgten, von wo und wem die Initiativen ausgingen und wo lokale Unterschiede bestanden. Der tatsächliche politische Einfluss der Entwicklung in der Großstadt Hamburg auf deren Umland ist schwer messbar. Delegierte und Redner aus Hamburg waren dort allerdings aktiv tätig, wie es auch personelle Verknüpfungen von Harburg in sein Umland gab. Dies ist nur ein Zwischenstand zur Thematik. Weitere Recherchen in den lokalen Archiven und Publikationen werden wie in den letzten Jahren neue Informationen zu den »Akteuren und Strukturen, Programmen und Aktionen, Mentalitäten und Milieus, Medien und Kommunikationsformen, Stimmen und Stimmungen, Handlungsspielräumen, Leistungen und Grenzen der Handelnden«¹⁵⁴ in der Revolution von 1918 beisteuern.

-
- 151 Siehe Schröder, Ulrich: »Hamburg für Bremen!« Wie die Bedrohung der Bremer Räterepublik zum »Burgfrieden« an der Elbe führte«, in: Schöck-Quinteros, Eva/Schröder, Ulrich/Glanert, Joscha (Hg.): Revolution 1918/19 in Bremen, Universität Bremen, Institut für Geschichtswissenschaft 2018, S. 127-160.
 - 152 Zu den Entwicklungen in einzelnen Orten vgl. Pelc, Ortwin: »Die Revolution 1918/19 im Hamburger Umland«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 81-107.
 - 153 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 241, 243; Günther (2003): Stormarn Lexikon, S. 37.
 - 154 Kopitzsch, Franklin: »Aufbruch zur Demokratie: Hamburg und Altona 1918/19«, in: Bremische Bürgerschaft/Staatsarchiv Bremen (Hrsg.), Novemberrevolution und Räterepublik. Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang (Schriften des Staatsarchivs Bremen 60), Bremen 2019, S. 30-47, hier S. 45.